



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 66 – April 2005

Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland

Am Beispiel von KPRF und Jabloko

Von Jin-Sook Ju

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 66: Jin-Sook Ju:

Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland

Am Beispiel von KPRF und Jabloko

April 2005

ISSN: 1616-7384

Über die Autorin:

Jin-Sook Ju ist Senior Researcher am Asiatic Research Center der Universität Korea in Seoul. Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Teilen ihrer Doktorarbeit, die sie 2004 an der Universität Bremen vorgelegt hat. Die Doktorarbeit entstand im Rahmen eines Stipendiums an der Universität Bremen.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa / Research Centre for East European Studies

Publikationsreferat / Publications Dept.

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen - Germany

phone: +49 421-218-3687

fax: +49 421-218-3269

e-mail: fsopr@uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhalt

Einleitung	5
Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs	5
KPRF	6
<i>Juristische Argumente</i>	6
<i>Historisch-zivilisatorische Argumente</i>	8
<i>Politische Argumente</i>	8
<i>Der nationalistische Diskurs der KPRF</i>	12
JABLOKO.....	13
<i>Juristische Argumente</i>	13
<i>Historisch-zivilisatorische Argumente</i>	15
<i>Politische Argumente</i>	16
<i>Der nationalistische Diskurs bei Jabloko</i>	25
Vergleich: Konvergenz und Divergenz.....	26
Resümee	30
Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa.....	34
E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa.....	36

Einleitung

Der Tschetschenienkrieg stellt eines der repräsentativen Merkmale der autoritären Wende der russischen Politik dar. Während der erste Tschetschenienkrieg den ersten Schritt signalisierte, vollendet der zweite Tschetschenienkrieg die Wende zum gemäßigt autoritären russischen Weg. Es scheint sich seit Ende der 90er Jahre ein beinahe fast alle politische Lager Russlands umfassender Konsens zu bilden, den putinschen Tschetschenienkrieg als nationalen Imperativ anzunehmen.

Der folgende Aufsatz geht der Frage nach, wie die linke und rechte Opposition in Russland auf den Tschetschenienkrieg reagiert hat und wie die Positionen sich geändert haben. Die Perzeptionen des Tschetschenienkrieges spiegeln Kontinuität und Wandel des nationalistischen Diskurses sowie die autoritäre Wende in Russland in den 90er Jahren wider. Zur näheren Betrachtung wurden insbesondere die Positionen von KPRF und Jabloko einbezogen, da sie als zwei repräsentative Diskursträger vom ideologischen Spektrum Russlands fungieren und die Problematik der Nation anhand des Tschetschenienkrieges besonders kontrovers diskutieren. Zur Untersuchung der Parteilinie der beiden Parteien werden sowohl formelle programmatische Dokumente als auch die parlamentarische Debatte und Aussagen der Politiker einbezogen.

Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs

Im Folgenden wird der nationalistische Diskurs am Beispiel des Tschetschenienkrieges näher betrachtet, um das Spannungsverhältnis zwischen Konsensbildung und Differenzierung sowie Kontinuität und Wandel der Diskurse feststellen zu können.

Der Tschetschenienkrieg fand in zwei Etappen statt. Der erste Tschetschenienkrieg, der mit der Invasion russischer Truppen am 11. Dezember 1994 begann, dauerte bis zum August 1996. Der Krieg war die endgültige Antwort des föderalen Zentrums auf die Souveränitätserklärung der Tschetschenisch-Inguschischen ASSR am 27. November 1990,¹ deren Initiator der Volkskongress der Tschetschenen unter der Führung von Džochar Dudaev war. Zum Krieg führten die Kurskorrektur des Moskauer Zentrums und die Machtergreifung der Hardliner in der Tschetschenienpolitik. Nach vergeblichen Versuchen, Tschetschenien unter Kontrolle zu bringen, einigte man sich jedoch im August 1996 auf ein Waffenstillstandsabkommen, das als Chasavjurt-Vertrag bekannt wurde; im Mai 1997 wurde dann ein Friedensvertrag unterzeichnet.

Der zweite Tschetschenienkrieg begann am 1. Oktober 1999 mit dem Einmarsch der russischen Armee in Tschetschenien unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ und dauert bis jetzt an. Direkter Anlass für den Krieg waren Angriffe von tschetschenischen Einheiten von Šamil Basaev in der Nachbarrepublik Dagestan im August 1999 sowie die Bombenattentate in Moskau und Volgodonk im September 1999.

Die beiden Phasen des Tschetschenienkrieges haben jede ihren spezifischen Charakter, wobei aber einige konsistente Faktoren die beiden Kriege verbinden. Diese parallele Existenz der Kontinuität und des Wandels finden im kontroversen russischen nationalistischen Diskurs um den Tschetschenienkrieg ihren Ausdruck.

Die Positionen der beiden Parteien werden vom Blickwinkel dreier Argumentationsstränge aus betrachtet: juristische, kultur-zivilisatorische und politische Argumente, die sich gegenseitig ergänzen, teilweise überschneiden oder auch im Widerspruch zueinander stehen. Diese drei Argumentationsstränge sollen zur analytischen Ordnung, strukturierten Selektion und Interpretation beitragen.

¹ Die Inguschen forderten die Wiederherstellung ihrer Autonomen Republik im Rahmen der Russländischen Föderation und trennten sich 1992 von der Tschetscheno-Inguschischen ASSR.

Als Nächstes werden die Untersuchungsergebnisse anhand von sechs Kriterien reinterpretiert: Weltanschauungen (Kosmopolitismus, Reformnationalismus und integralem Nationalismus),² das Verhältnis zum Westen (prowestlich bis antiwestlich), Konzeption der Zivilisationszugehörigkeit Russlands (Europazugehörigkeitskonzept versus eurasisches bzw. slawisches Konzept), Auffassung vom russischen Staat (Nationalstaat bis zum imperialistischen Konzept), Auffassung des nationalen Interesses (ökonomische und geopolitisch-militärische Aspekte),³ und Einstellung zur neuen Weltordnung (pro versus kontra Multipolarität). Die Kriterien wurden unter Rücksicht auf Relevanz, Häufigkeit und kontroversen Charakter der Themen bei den nationalistischen Diskursen in Russland herauskristallisiert und umfassen sowohl die historisch-kulturellen als auch die politischen Perzeptionen.

Methodisch stützt sich die Arbeit wesentlich auf die Analyse von Parteidokumenten, Parlamentsprotokollen sowie einzelnen Aussagen von Politikern. Ergänzend wurden Experteninterviews durchgeführt, nicht nur um Hintergrundinformationen zu erhalten, sondern auch, um die Deutungsmuster der Hauptakteure näher betrachten zu können.

KPRF

Juristische Argumente

Der juristische Argumentationsstrang der KPRF bezieht sich auf zwei Themen: die Priorität der territorialen Ganzheit der Russländischen Föderation und, auf den ersten Tschetschenienkrieg begrenzt, die Verfassungswidrigkeit des Krieges.

Die völkerrechtliche Priorität der territorialen Integrität der Russländischen Föderation stellt bei beiden Kriegen die Hauptposition der KPRF dar, die durch folgende Argumente untermauert wird: die Einordnung des Tschetschenienkrieges in den historischen Kontext des Zerfalls der UdSSR und die Auffassung von der russischen Staatlichkeit in den jetzigen territorialen Grenzen. Der dritte Parteitag der KPRF definiert den Konflikt in Tschetschenien als gesetzmäßiges Ergebnis der gegen das Volk gerichteten Politik der Russischen Regierung, die zum Zerfall der UdSSR geführt habe und zum Zerfall der Russländischen Föderation führen könne.⁴ Die Tschetschenien-Krise wird so mit den Ereignissen in Vilnius vom Februar 1991 gleichgesetzt, die für die UdSSR den Anfang des Staatszerfalls bedeuteten. Dabei werden die russische Staatlichkeit in den aktuellen Grenzen und die Staatsform der Föderation definiert.⁵

Das Prinzip der territorialen Integrität Russlands und der Erhalt der Russländischen Föderation stellten daher die absolute Priorität der Parteiposition der KPRF dar, wobei die Unabhängigkeit Tschetscheniens keineswegs in Erwägung gezogen wurde. Dass die territoriale Integrität der Russländischen Föderation Vorrang hatte, kam vor allem bei der Strategie zur Statusfrage zum Ausdruck. Der dritte Parteitag forderte, dass es eine Vorbedingung für Verhandlungen sein

² Die Kategorisierung lehnt sich an den Begriffen von Alter an. Alter, Peter: Nationalismus. Neue historische Bibliothek, Frankfurt am Main 1985, S. 39–55.

³ Zur Diskussion um das nationale Interesse: Sestanovich, Stephen (Hg.), Rethinking Russia's national interests, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C. 1994; Prvulovič, Ljuba, Konec protivostojanija dvuch sistem i strategičeskie interesy Rossii, in: Rossija i sovremennyj mir. Problemy, mnenija, diskussii, sobytija, Moskau 1998, S. 97–112; Kačaev, Valerij Vasil'evič, Ešče raz o nacional'noj idei Rossii, in: Vlast', Nr. 5, 1999, S. 71–76.

⁴ „O bratoubijstvennoj vojne v čečenskoj respublike i merach po vychodu iz voznikšego krizisa“, in: Sovetskaja Rossija, 02.02.1995, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s'ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 113.

⁵ Zajavlenie Prezidiuma CK KPRF, 29.11.1994, in: Informacionnyj bjulleten' Nr. 12, 10.12.1994, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s'ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 87.

solle, dass Tschetschenien unabdingbar Territorium der Russländischen Föderation bleibe.⁶ Die Position verstärkte sich nach dem Vertrag von Chasavjurt dadurch, dass die Statusfrage Tschetscheniens ungelöst blieb. Zjuganov⁷ betonte, dass die gesetzliche Grundlage der Vereinbarungen über die Zukunft der tschetschenischen Republik auf keinen Fall den Rahmen der russischen Verfassung überschreiten dürfe und dass die bedingungslose Wahrung der territorialen Einheit Russlands die ultimative Bedingung für die Konfliktlösung sei.⁸

Zweitens kritisierte die KPRF die Verfassungswidrigkeit des Tschetschenienkriegs.⁹ Die Forderung nach dem Amtsenthebungsverfahren gemäß Artikel 93 der russischen Verfassung,¹⁰ die am 23. Mai auf dem fünften außerordentlichen Parteitag der KPRF behandelt wurde, basiert auf der Verfassungswidrigkeit der durch Jelzin erlassenen Dekrete. Im Mittelpunkt des Verfassungswidrigkeitsargumentes stehen der Vorwurf, dass die Veröffentlichungspflicht verletzt wurde¹¹ und das Verbot, die Streitkräfte im Inland einzusetzen. Darüber hinaus beschuldigte die KPRF Jelzin, die in den Artikeln 15, 80 und 90 der Verfassung festgelegten Anforderungen verletzt zu haben.¹² Außerdem wurde bemerkt, dass die Präsidialdekrete Nr. 2137 und 2166 gegen die Genfer Konvention von 1949 verstoßen, die in Russland 1989 ratifiziert wurde.¹³

Im Vergleich zur resoluten Position in der Frage der territorialen Integrität Russlands blieb die Strategie der KPRF in Bezug auf die Verfassungswidrigkeit im gemäßigten Rahmen. Zur Verfassungswidrigkeit der Präsidialdekrete forderte die KPRF eine grundsätzliche Verfassungsreform, die dem Parlament durch Zuteilung von Machtbefugnissen eine effektive Kontrolle über die Handlungen des Präsidenten und der Regierung ermöglichen sollte,¹⁴ und die Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs für eine Änderung der Verfassung, die die Kompetenzen des Parlaments in der Prioritätensetzung der Innen- und Außenpolitik Russlands erweitern sollte.¹⁵

⁶ „O bratoubijstvennoj vojne v čečenskoj respublike i merach po vychodu iz vznikšego krizisa“, in: Sovetskaja Rossija, 02.02.1995, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezolucijach i rešenijach s'ezdov, konferencii i plenimov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 113.

⁷ Parteivorsitzender der KPRF und Abgeordneter der KPRF-Fraktion seit 1993.

⁸ Zjuganov, Gennadij Andreevič, Čečenskij razlom, in: Zjuganov, G. A., Uroki žizni, Moskau 1997, S. 223–224.

⁹ Die KPRF initiierte im Juni 1995 und im Juni 1998 Unterschriftensammlungen mit der Forderung des Prozedurbeginns. Vgl. Zajavlenie Prezidiuma Central'nogo komiteta KPRF v svjazi s rassmotreniem voprosa o nedoverii Pravitel'stvu RF, 20.06.1995, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>; „Otčet po rabote frakcii KPRF v Gosudarstvennoj Dume v 1998 godu“, in: ...Izm, Nr. 2 (22), 1999.

¹⁰ Informacionnoe soobščenie o V (vneočerednom) s'ezde Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii, in: Presskonferencija V. Kupcova i A. Kuvaeva, 23.09.1998, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.kprf.ru>

¹¹ Materialy vystuplenija Predsedatel'ja Komiteta po bezopasnosti Gosudarstvennoj Dumy RF, V. I. Iljuchina, 11.05.1999, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.kprf.ru>. Art. 15 Abs. 3 der Verfassung sieht vor, dass „jegliche normative Rechtsakte, die die Rechte, Freiheiten und Pflichten des Menschen und Bürgers berühren, nicht angewandt werden (dürfen), sofern sie nicht zur allgemeinen Kenntnisnahme amtlich veröffentlicht worden sind.“

¹² Gemäß dem Artikel 15 sind alle Amtspersonen verpflichtet, die Verfassung der Russländischen Föderation einzuhalten. Artikel 90 legt fest, dass Dekrete und Verfügungen des Präsidenten nicht mit der Verfassung der Russländischen Föderation in Widerspruch stehen dürfen. Gemäß Artikel 80 muss der Präsident Maßnahmen zur Sicherung der Ganzheit der Russländischen Föderation nur „in durch die Verfassung der Russländischen Föderation festgelegten Ordnungen“ ergreifen.

¹³ Materialy vystuplenija V. I. Iljuchina k plenarnomu zasedaniju Gosdumy po voprosu otrešenija B. N. Jelzina ot dolžnosti Prezidenta RF, 13.05.1999, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.kprf.ru>

¹⁴ „O bratoubijstvennoj vojne v čečenskoj respublike i merach po vychodu iz vznikšego krizisa“, in: Sovetskaja Rossija, 02.02.1995, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezolucijach i rešenijach s'ezdov, konferencii i plenimov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 113.

¹⁵ „Ob otkošenii KPRF k konfliktu v Čečne“, in: Pravda, 01.02.1996, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezolucijach i rešenijach s'ezdov, konferencii i plenimov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 160.

Historisch-zivilisatorische Argumente

Historisch-zivilisatorische Argumente wurden bei beiden Kriegen selten verwendet, wobei die wenigen Erwähnungen einen unterschiedlichen Charakter aufweisen. Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Krieg lassen sich zwei verschiedene Positionen beobachten, eine gemäßigt kritische Position und eine religiös orientierte Anti-Tschetschenien-Position.

Die erste Tendenz ist die offizielle Position des Präsidiums des CK (Central'nyj komitet, Zentralkomitee) der KPRF und kommt vor allem im Zusammenhang mit der Warnung vor Zuspitzung der Konflikte zwischen Nationen, Ethnien und Religionen zum Ausdruck. Das Präsidium des CK der KPRF erklärte am 14. Dezember 1994, dass der Beginn der militärischen Handlungen in Tschetschenien ein direkter Weg zu Auseinandersetzungen zwischen Nationalitäten und Ethnien, zur Entzündung eines religiösen Streits und schließlich zum blutigen Bürgerkrieg sei.¹⁶ Die KPRF lehnte es ab, den Tschetschenienkrieg als Nationalitätenkonflikt aufzufassen, und rückte die wirtschaftliche oder rechtliche Sicht in den Vordergrund.¹⁷ Die religiöse Erklärung des Tschetschenienkrieges wurde dabei als Mystik bezeichnet.¹⁸ Darüber hinaus wurde der großrussische Nationalismus mit zwei unterschiedlichen Argumenten abgelehnt. Die 1998 veröffentlichte „Position zur nationalen Frage“ erklärte, dass die KPRF entschieden gegen alle Formen des bourgeois Nationalismus, einschließlich des „großrussischen“ aufträte.¹⁹ N. Bindjukov²⁰ warnte im Februar 1998, dass er im großrussischen Nationalismus eine Gefahr für Russland sehe, weil der großrussische Nationalismus nur ethnische Russen als Grundlage der Nation akzeptiere und damit den föderalen Charakter der russischen Staatlichkeit verleugne.²¹ Die kritische Position gegenüber der Gefahr der Zuspitzung der ethnischen Konflikte und damit Instabilität der multiethnischen Föderation wurde auch beim zweiten Krieg relativ konstant vertreten, bei dem in der russischen Bevölkerung eine antitschetschenische Stimmung weit verbreitet war. Allerdings verstärkte sich beim zweiten Krieg die Kritik gegen den tschetschenischen Separatismus im religiösen Kontext. Die zweite Position, die insbesondere durch die KPRF-nahe Zeitung „Zavtra“ vertreten wurde, verband den tschetschenischen Separatismus mit der Religion, indem argumentiert wurde, dass tschetschenische Separatisten einen politischen und geographischen Anspruch auf die Gründung eines moslemischen Staates stellen würden.²²

Politische Argumente

Regierungskritik

Während die KPRF im Verlauf des ersten Krieges relativ konsequent Kritik an der Regierung übte, unterstützte sie die russische Armee beim zweiten Krieg rückhaltlos.²³ Ihre Kritik an der Regierung erfolgte bis zum Beginn des zweiten Krieges auf drei Ebenen: Kritik an dem Krieg

¹⁶ Obrašćenie Presidiuma CK i frakcii KPRF v Gosudarstvennoj Dume, 14.12.1994, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s"ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 89.

¹⁷ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 16, 05.04.1995, S. 68.

¹⁸ „Otvety predsedatelja CK KPRF G. A. Zjuganova na voprosy redakcii gazety Nacional'no-progressivnoj partii Egipta „Al'-Akbar“, 04.11.2000, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.kprf.ru>

¹⁹ Pozicija KPRF po nacional'nomu voprosu (prinjato na Plenumu CK KPRF 14 fevralja 1998 g.), in: Puti rešenija nacional'nogo voprosa v sovremennoj Rossii. Pozicii gosudarstva, partij i političeskich dejatelej po voprosam nacional'noj politiki v Rossijskoj Federacii, Moskau 1999, S. 7.

²⁰ Mitglied des Zentralen Exekutiven Komitees der KPRF (1993–1995), Abgeordneter der KPRF-Fraktion (1993–2003), Vorsitzender der Ideologischen Kommission des ZK der KPRF seit 1995.

²¹ Bindjukov, N., O pozicii KPRF po nacional'nomu voprosu, Doklad na IV Plenumu CK KPRF, 14.02.1998, veröffentlicht im Internet unter: <http://www.kprf.ru>

²² Šurygin, Vladislav, Vojna, kotoruju oni proigrali, in: Zavtra, September 1996, Nr. 37 (145), S. 1.

²³ Zjuganov, G., Otvety narodu, 10.12.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.kprf.ru>

als „Kapitalistenkrieg“, Kritik an dem Krieg als Folge des Versagens einer passiven Politik und schließlich Kritik an dem durch aktive Mitschuld ausgelösten Krieg.

Die fundamentale Kritik am „Krieg der Kapitalisten“ basiert auf dem Argument, dass dem Konflikt Auseinandersetzungen der Regimes zugrunde lägen, die vom Interesse des Volkes weit entfernt seien.²⁴ Aus dieser Sicht ist der Tschetschenienkrieg weder ein Fehler noch ein tragischer Zufall, sondern ein unmittelbares Ergebnis der Volksfeindlichkeit des herrschenden Regimes.²⁵ Der Inhalt der so genannten „Volksfeindlichkeit“ wird in der im Februar 1998 verfassten „Position zur nationalen Frage“ als Konflikt zwischen kapitalistischen Gruppen in Moskau und Grozny um die Kontrolle über die tschetschenische Erdölförderung konkretisiert.²⁶ Die verbreitetste Kritik stellte das Argument dar, dass die Politik der Jelzin-Regierung, deren strategische Fehler zur Niederlage im Krieg geführt hätten, versagt habe. So erhob Zjuganov den Vorwurf, dass mehrmalige Siegeschancen im ersten Krieg durch die Unfähigkeit der föderalen Regierung verspielt worden seien, wobei erfolgreiche Operation eingestellt und stattdessen Verhandlungen aufgenommen wurden.²⁷ Die gravierendste Kritik richtete sich gegen den Vertrag von Chasavjurt, der als Zeichen sowohl der politischen und militärischen als auch der moralischen Niederlage Russlands und als Beginn des Zerfalls der russischen Staatlichkeit heftig kritisiert wurde. Dabei stand vor allem die juristisch nicht geklärte Statusfrage Tschetscheniens im Mittelpunkt der Kritik.²⁸ Die auf den Vertrag folgenden Maßnahmen stießen ebenfalls auf heftige Kritik der KPRF. Dazu zählten das Präsidialdekret Nr. 1590 vom 23. November 1996 und der durch den russischen Premierminister, V. Černomyrdin, und den Präsidenten²⁹ der tschetschenischen Republik, Maschadov, unterschriebene Vertrag.³⁰ Die dritte Kritik basierte auf dem Argument der politischen Ausnutzung des Tschetschenienkriegs für die Lösung von innenpolitischen Problemen sowie für den Wahlkampf.³¹

Die KPRF forderte beim ersten Krieg relativ konsequent die Einstellung des Krieges und die Aufnahme von Verhandlungen, wobei eine abweichende Position eine Kombination von militärischen und politischen Maßnahmen bzw. militärische Maßnahmen bevorzugte. Die Erklärung, die in der unmittelbaren Anfangsphase im Dezember 1994 veröffentlicht wurde, rief zu einer Problemlösung mit wechselseitigen Kompromissen durch Dialog und Versöhnung auf.³² Das Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen 1995 erklärte, dass die Verabschiedung einer Militärdoktrin notwendig sei, die nicht nur die nationale Sicherheit garantiere, sondern auch den Einsatz von Streitkräften gegen das Volk verbiete.³³ Die im September 1996 verfasste Erklärung äußerte ebenso, dass regionale Konflikte nicht auf kriegerischem Wege zu lösen seien und dass

²⁴ Obrašćenie Prezidiuma CK i frakcii KPRF v Gosudarstvennoj Dume „O situacii v Čečne“, in: Sovetskaja Rossija, 14.12.1994, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s"ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 89.

²⁵ Trud – Narodovlastie – Socializm – Rossija, 60 voprosov k kompartii Rossijskoj Federacii, Voronež 1995, S. 33–34.

²⁶ Pozicija KPRF po nacional'nomu voprosu (prinjato na Plenum CK KPRF 14 fevralja 1998 g.), in: Puti rešenija nacional'nogo voprosa v sovremennoj Rossii. Pozicii gosudarstva, partij i političeskich dejatelej po voprosam nacional'noj politiki v Rossijskoj Federacii, Moskau 1999, S. 7.

²⁷ Zjuganov, G. A., Čečenskij Razlom, in: Zjuganov, G. A., Uroki Žizni, Moskau 1997, S. 213.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Gewann die Präsidentenwahl in Tschetschenien am 27. Januar 1997.

³⁰ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 11 (34), 29.11.1996, S. 539.

³¹ Zajavlenie Prezidiuma CK KPRF, 29.11.1994, in: Informacionnyj bjulleten' Nr. 12, 10.12.1994, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s"ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 87; Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 4 (27), 19.04.1996, S. 493.

³² Zajavlenie Prezidiuma CK KPRF, 10.12.1994, in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s"ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 88.

³³ „Za našu sovetskiju rodinu“, Wahlprogramm der KPRF, Vserossijskaja konferencija KPRF, 26.08.1995, veröffentlicht im Internet unter <http://www.kprf.ru>

die Einstellung der kriegerischen Handlungen zwischen den Föderationstruppen und den tschetschenischen Separatisten der erste Schritt zum Aufbau der notwendigen Bedingungen für eine friedliche Problemlösung in Tschetschenien im Bestand der Russländischen Föderation sei.³⁴ Gleichzeitig forderte die KPRF Maßnahmen zur Verhinderung des weit gehenden Ausschlusses der legislativen Gewalt von den Entscheidungsmechanismen des Tschetschenien-Problems. So wurde Anfang 1996 durch L. A. Ivančenko, V. Ju. Zorin und den Abgeordneten K. N. Borovoj im Parlament ein Entwurf über die Bildung einer einheitlichen Kommission vorgelegt, in der alle Gewaltinstanzen vertreten sein sollten und deren ständiger Koordinator die Regierung, nicht der Präsident, sein sollte.³⁵ Eine abweichende Position, die vor allem durch Luk'janov und Iljuchin vertreten wurde, sprach sich sowohl für eine politische als auch für eine militärische Lösung des Problems aus.³⁶ Insbesondere nach dem Chasavjurt-Vertrag forderte Iljuchin, die nachsichtige Politik des ständigen Kompromisses mit dem Separatismus einzustellen.³⁷

Vom Beginn des zweiten Krieges an änderte sich das Verhältnis der KPRF zur Regierung grundsätzlich. Die KPRF erklärte sich bereit, Handlungen der Regierung zu unterstützen, die dem Kampf gegen Terrorismus und der Herstellung von Ordnung im Land dienen.³⁸ Sowohl im Hinblick auf die fundamentale Frage der staatlichen Ordnung und auf das Versagen der staatlichen Politik als auch auf die Ausnutzung des Krieges blieb die Regierung nunmehr von der Kritik der KPRF weit gehend verschont. Der Krieg wurde nicht nur als legitime und angemessene, sondern auch als strategisch richtige Maßnahme gegen die Bedrohung der russischen Sicherheit angesehen. Auch die Vorwürfe über die Benutzung des Tschetschenienkrieges kamen im zweiten Krieg nicht mehr zur Sprache.

Tschetschenien-Kritik

Zur tschetschenischen Seite verhält sich die KPRF durchgängig kritisch, wobei beim ersten Krieg nicht so massiv Kritik geübt wurde wie beim zweiten Krieg. Die Kritik an der tschetschenischen Seite unterschied sich in Bezug auf die Themen bei den beiden Kriegen. Während im ersten Krieg die Tschetschenien-Kritik hauptsächlich in Verbindung mit der Separatismus-Kritik aufgetreten war, stand im zweiten Krieg das Terrorismus-Argument im Mittelpunkt der Diskurse. Eine unmittelbare Kritik an der tschetschenischen Seite blieb beim ersten Krieg relativ gesehen aus. Die Situation erlebte beim zweiten Krieg eine qualitative Wende, indem es in den Diskursen nun hauptsächlich um Terrorismus ging. Schon in der Anfangsphase des zweiten Krieges ertönte Kritik am tschetschenischen Terrorismus. Terrorismus und Banditentum wurden von Zjuganov zu den gefährlichsten Feinden der Bürger jedes Landes und der Menschheit im Ganzen erklärt.³⁹

Die Strategien der KPRF konzentrierten sich sowohl beim ersten als auch beim zweiten Krieg auf die Maßnahmen gegen separatistische Tendenzen. Die Grundposition, dass Tschetschenien zur Russländischen Föderation gehöre und dass die territoriale Einheit der Föderation gewährleistet werden müsse, änderte sich nicht. Ebenso blieb die Position über den Status Tschetscheniens erhalten, dass Tschetschenien nach der Verfassung eine Republik innerhalb der Russlän-

³⁴ Zajavlenie CK KPRF „Ob uslovijach mirnogo razrešenija konflikta v Čečne“, 04.09.1996, in: ...Izm, 1996, Nr. 3 (11), in: Gryzlov, V.F. (Hg.), KPRF v rezoljucijach i rešenijach s"ezdov, konferencii i plenumov CK (1992–1999), Moskau 1999, izdatel'stvo ITRK, S. 161.

³⁵ Press-konferencija G. Zjuganova, 05.03.1996, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

³⁶ Press-konferencija rukovodstva KPRF, 15.01.1996 po itogam plenuma 12.–13.01.1996, in: Bjulleten' levogo informcentra, Nr. 3, Januar 1996.

³⁷ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 9 (32), 02.10.1996, S. 116.

³⁸ Site informacionnogo kanala „Polit.ru“ v internete, Monitor, 15.09.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.polit.ru>

³⁹ Press-konferencija rukovoditelja frakcii KPRF v Gosudarstvennoj Dume G. A. Zjuganova, 14.09.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

dischen Föderation sein solle.⁴⁰ Die Herangehensweisen unterscheiden sich jedoch recht deutlich. Die Maßnahmen beim ersten Krieg richteten sich einerseits auf die Bekämpfung des Separatismus und andererseits auf die Unterstützung der prorussischen Kräfte in Tschetschenien. In Hinsicht auf die Verhandlungen zeigte die KPRF beim ersten Krieg eine relativ kooperative Haltung, so dass sie unter Rücksicht auf die besondere Gesellschaftsstruktur Tschetscheniens vorschlug, verschiedene Kanäle für Verhandlungen aufzubauen. Es wurden auch neben Zügelungsmaßnahmen sowohl politische als auch wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen vorgeschlagen. Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen wurden als Vorbeugung gegen die Gefahr eines Übergreifens der Krise über die tschetschenischen Grenzen hinaus für notwendig gehalten. Die Haltung nahm beim zweiten Krieg unter dem Motto des Antiterrorismuskampfes einen wesentlich offensiveren Charakter an. In der Anfangsphase wurden Verhandlungsmöglichkeiten kaum in Erwägung gezogen. Nach Iljuchin gebe es keinen akzeptablen Kandidaten in Tschetschenien, mit dem man verhandeln könne.⁴¹ Erst Anfang 2000 erklärte sich die KPRF wieder bereit zur Zusammenarbeit mit prorussischen Kräften, die die territoriale Einheit der Russländischen Föderation anerkannten und bereit waren, ihren Einfluss für eine friedliche Problemlösung in Tschetschenien zu nutzen.⁴²

Außenpolitischer Faktor

Bezüglich der außenpolitischen Faktoren bestanden zwei Argumentationsstränge: das Imperialismus-Argument und die Ablehnung von Einmischung. Während die Imperialismus-These überwiegend beim ersten Krieg vertreten wurde, stellte die Ablehnung von Einmischung das Hauptargument im zweiten Krieg dar.

Das erste Argument bildete den Hintergrund der gesamten Diskurse der KPRF zum ersten Krieg. Zjuganov zufolge war der Tschetschenienkrieg im Kontext des Kalten Krieges zu verstehen, in dessen erster Etappe der Zerfall der Sowjetunion und in dessen zweiter Etappe die informationelle und finanzielle Zerstörung Russlands, der Volksgenozid, der Bankrott der Regierung und die Demoralisierung der Armee vollbracht würden. In der dritten kriminell-mafiösen Etappe versuche man nun einerseits, Russland mit Hilfe des Westens und der NATO-Erweiterung zu stürzen, und andererseits, die Zerstörung der russischen Staatlichkeit zu betreiben.⁴³ Die „Position zur nationalen Frage“ erklärt den Tschetschenienkrieg als Teil des globalen Umverteilungsprozesses der Welt, als Zone des Konkurrenzkampfes zwischen der NATO und Russland um die Kontrolle über den Transport des kaspischen Erdöls. Anders ausgedrückt sei der Tschetschenienkrieg ein imperialistischer Krieg seitens der provozierenden ausländischen Regierungen.⁴⁴

Im Gegensatz zum Imperialismus-Argument basierte die Ablehnung von Versuchen, von internationaler Seite Einfluss auszuüben, nicht auf einer fundamentalen Feindschaft gegen den Westen, sondern eher auf dem konventionellen Argument des Souveränitätsprinzips. Die Argumente wurden überwiegend im zweiten Tschetschenienkrieg vertreten, in dem die Kritik am Ausland ebenfalls einen gemäßigten Ton annahm. Zjuganov kritisierte beispielsweise die Tätigkeit der Hilfsgruppe der OSZE in Tschetschenien und ihres Leiters als „tiefste Verletzung der

⁴⁰ Interview mit G. Zjuganov, in: Site radiostancii „Ècho Moskvj“, 05.10.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

⁴¹ „Iljuchin – nikakich peregovorov s Čečnej“, 22.10.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.polit.ru>

⁴² Beseda glavnogo redaktora gazety „Duma“ T. Šumilinoj s Sergeem Rešul'skim, in: Duma, Izdanie frakcii KPRF v Gosudarstvennoj Dume Federal'nogo Sobranija RF, Nr. 10, 15.–21.03.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

⁴³ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 11 (34), 29.11.1996, S. 567–568.

⁴⁴ Pozicija KPRF po nacional'nomu voprosu (prinjato na Plenum CK KPRF 14 fevralja 1998 g.), in: Puti rešenija nacional'nogo voprosa v sovremennoj Rossii. Pozicii gosudarstva, partij i političeskich dejatelej po voprosam nacional'noj politiki v Rossijskoj Federacii, Moskau 1999, S. 7.

Norm des Gesetzes, ob nach europäischem oder asiatischem Standard.⁴⁵ Es sei unzulässig, weil es eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands in grober Form sei. Eine der vehementesten Kritiken an der westlichen Einmischung löste die Diskussion in der PACE (Parlamentarische Versammlung des Europarates) darüber aus, ob die Vollmacht der russischen Delegation wegen des Ereignisses in Tschetschenien einzustellen sei. Im April 2000 erklärte Zjuganov die Sanktionsentscheidung als rechtswidrig, ungerecht und demütigend für Russland.⁴⁶

Die Strategie der KPRF dem Westen gegenüber erwies sich beim ersten Krieg trotz ihrer grundsätzlich feindlichen Haltung von marginaler Bedeutung. Erst beim zweiten Krieg rückte die strategische Diskussion in Bezug auf den außenpolitischen Faktor in den Mittelpunkt. Abgesehen davon, dass sich im April 2000 die kritischen Töne zuspitzten, herrschte eine gemäßigte Kritik mit Kompromissbereitschaft.

Im Januar beurteilte Zjuganov den Versuch, die Mitgliedschaft Russlands in der PACE einzustellen, als Versuch, Russland nochmals auf seinen Platz zu verweisen.⁴⁷ Andererseits wurde die Kritik kontinuierlich durch mäßigende Kommentare begleitet. Es sei wichtig, dass europäische Organisationen kein Ultimatum gegen Russland verhängten und keine neuen Trennungslinien und Barrieren auf dem Kontinent errichteten.⁴⁸ Zjuganov erklärte ebenso die Absicht, auf der Sitzung der PACE aufzutreten und vorzuschlagen, die Arbeit zur Annäherung und Vereinheitlichung der nationalen Gesetze im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und bewaffneten Söldnertums aufzunehmen.⁴⁹

Der nationalistische Diskurs der KPRF

Trotz der gravierenden Kurskorrektur lässt sich eine kontinuierliche Grundlinie der KPRF beobachten.

Erstens ist in Hinsicht auf die Weltanschauung die Position der KPRF beim Tschetschenienkrieg eindeutig dem integralen Nationalismus zuzuordnen. Innerhalb der KPRF bestand dabei sowohl ein ethnisch aufgefasster großrussischer Nationalismus als auch ein imperialistisch gesinnter großrussischer Nationalismus.

Auch in ihrem Verhältnis zur Zivilisationszugehörigkeit nahm die KPRF beim Tschetschenienkrieg eine zwiespältige Position zwischen den beiden Varianten des Nationalismus ein. Die ethnisch und religiös orientierte Feindschaft gegen Tschetschenien weist auf eine kulturelle und zivilisatorische Identität als Slawen hin. Allerdings lehnt der integrale Nationalismus allgemein eine Auffassung des Tschetschenien-Konfliktes im Kontext des Nationalitätenkonfliktes ab, da die russische Identität auf einem multinationalen und multireligiösen Staatswesen beruhe.

Im Verhältnis zum Westen ist die Position der KPRF beim Tschetschenienkrieg durch eine antiwestliche Haltung geprägt, die allerdings nicht durchgehend gleich stark ausgeprägt blieb. Beim ersten Krieg beruhte sie noch auf der fundamentalen Feindschaft aus der Epoche des Kalten Kriegs, während sie beim zweiten Krieg einen wesentlich gemäßigeren Ton annahm.

Das Verhältnis zum Westen entspricht dem Verhältnis zur neuen Weltordnung, das beim Tschetschenienkrieg zum Ausdruck kommt. Im ersten Krieg wurde die Imperialismus-These genutzt,

⁴⁵ „Interv'ju G. Zjuganova“, in: Interfaks, 27.01.1997, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

⁴⁶ Informacionno-analičeskij eženedel'nik o dejatel'nosti političeskich ob'edinenij Rossii, Nr. 15 (377), 12.04.2000.

⁴⁷ „G. Zjuganov i V. Žirinovskij o poezdke rossijskoj delegacii na sessiju PACE“, in: Site „Vyborny v Rossii“, 28.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

⁴⁸ „Gennadij Zjuganov o vstreče s predsedelem Parlamentskoj assamblei Soveta Evropy“, 27.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.kprf.ru>

⁴⁹ „Gennadij Zjuganov ubežden, čto emu udastsja ubedit' členov PACE v nedopustimosti primenenija sankcij protiv Rossii“, in: Site „Vyborny v Rossii“, 26.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

nach der die Tschetschenien-Krise in ein Szenario der imperialistischen Verschwörung eingeordnet wurde. Der Imperialismus-These lagen der Diskurs über die monopolare neue Weltordnung und deren strikte Ablehnung zugrunde. Sie wurde beim zweiten Krieg nicht mehr repräsentiert. Stattdessen stand nun die oben genannte Kritik gegen eine Einmischung im Mittelpunkt der Diskussionen.

Stark vertreten ist beim Tschetschenienkrieg die imperialistische Staatsauffassung der KPRF. Die Definition der russischen Staatlichkeit im jetzigen territorialen Rahmen sowie in der jetzigen ethnischen Zusammensetzung und die unantastbare Priorität der territorialen Integrität des Staatswesens stellen die beiden Grundprinzipien der KPRF-Position im Tschetschenienkrieg dar. Die Staatsauffassung kommt außerdem in der Betonung der Multinationalität des russischen Staatswesens zum Ausdruck, indem der ethnisch gesinnte großrussische Nationalismus abgelehnt wird, weil er das historische Wesensmerkmal des russischen Staatswesens leugne.

Schließlich ist die Auffassung der KPRF über die nationalen Interessen beim Tschetschenienkrieg als militärisch-geopolitisch definiert einzuordnen. Die Wiederherstellung des militärisch-geopolitischen Großmachtstatus Russlands bildet den Gesamthintergrund der Tschetschenienpolitik der KPRF.

Signifikant ist die gravierende Kurskorrektur beim Tschetschenienkrieg. Während die KPRF im ersten Krieg noch eine leicht links-libertäre Position vertrat, trat im zweiten Krieg die linksautoritäre Tendenz gänzlich in den Vordergrund. Außerdem ist im zweiten Krieg eine Abwendung von der extrem feindlichen Position dem Westen gegenüber zu beobachten, was als Evolution der außenpolitischen Programmatik der KPRF interpretiert werden kann.

JABLOKO

Juristische Argumente

Jabloko befasst sich mit zwei juristischen Themen, der Staatlichkeit der Russländischen Föderation und der Verfassungswidrigkeit des Tschetschenienkriegs.

Im Gesetzesentwurf über die Maßnahmen zur politischen Krisenregulierung in der Tschetschenischen Republik kommt die Grundposition von Jabloko zum Ausdruck, dass Tschetschenien unabdingbarer Teil des Territoriums der Russländischen Föderation sei.⁵⁰ Die Priorität der Staatlichkeit wird allerdings weder kontinuierlich noch einheitlich durch Festlegung der territorialen Ganzheit definiert. Insbesondere die liberale Position, die durch den Parteivorsitzenden Javlinskij⁵¹ vertreten wird, basiert auf einer zivilgesellschaftlichen Auffassung von Staatlichkeit. Dieser Position zufolge ist das erste Zeichen der Einheit Russlands nicht der Besitz des Territoriums, sondern das Bewusstsein der Menschen, die auf diesem Territorium wohnen, sonst werde das Territorium „keine Republik, sondern Konzentrationslager innerhalb Russlands“.⁵²

⁵⁰ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 16, 05.04.1995.

⁵¹ Parteivorsitzender von Jabloko (Fraktionschef der Jabloko-Fraktion seit 1993, Parteivorsitzender seit 1999), Ökonomist.

⁵² Press-konferencija G. Javlinskogo 28.11.1996, „Gosduma i ispolnitel'naja vlast“, in: Nezavisimaja gazeta, Elektronische Version, Nr. 225, 29.11.1996, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

Die Kritik von Jabloko an der Verfassungswidrigkeit des Krieges⁵³ betraf sowohl die Verfahrensfrage als auch die prinzipielle Frage des Streitkräfteeinsatzes im Land. Das wichtigste Argument stützte sich auf das Gesetz „Über den Ausnahmezustand“ von 1991, das den Einsatz der Streitkräfte innerhalb des Landes nur in Ausnahmefällen wie bei Naturkatastrophen oder Epidemien erlaubt.⁵⁴ Auf der Grundlage keiner anderen gesetzlichen Bestimmung seien Streitkräfte innerhalb des Landes einzusetzen. Bezüglich der Verabschiedung des Gesetzes „Über den Ausnahmezustand“, das den Einsatz von Streitkräften bei der Entwaffnung illegaler Einheiten und zum Trennen von Konfliktparteien behandelt, äußerte S. V. Ivanenko am 18. Januar 1995, dass die Sachlage große Zweifel hervorrufe.⁵⁵ Die Armee sei auch unter den Bedingungen des legalen verfassungsmäßigen Ausnahmezustands unter keinen Umständen für solche Zwecke einsetzbar, da sie eine gesellschaftliche Institution sei, die für Kriege, für das Töten geschaffen sei und nicht zur Ordnung innerer Angelegenheiten. Auf diesem Argument basierend schlug Ivanenko vor, das Gesetz ohne den zweiten Teil, Artikel 20, zu verabschieden, der die Ordnung des Einsatzes der Streitkräfte unter solchen Bedingungen reguliert, sowie ohne die Punkte v und g, die den Armeeeinsatz bei der Entwaffnung illegaler Formierungen und zur Trennung von Konfliktparteien betreffen.

Beim zweiten Krieg durchliefen die Positionen von Jabloko über die Militäraktion der Regierung zwei unterschiedliche Phasen. In der ersten Phase am Anfang der Tschetschenien-Operation sicherte Jabloko der Regierung ihre Unterstützung bei der Terrorismusbekämpfung zu. Nach dieser kurzen Phase korrigierte Jabloko jedoch den Kurs, indem die Gesetzwidrigkeit des Krieges erneut problematisiert wurde. Allerdings trat beim zweiten Krieg das Prinzip der Priorität der Staatlichkeit stärker in den Vordergrund. Die Kritik richtete sich nun gegen Mängel der rechtlichen Grundlagen der Militäroperation, des Gesetzes über den Kampf gegen den Terrorismus.⁵⁶

Trotz der leichten Positionsänderung zeigt sich die juristische Argumentationslinie von Jabloko relativ konsequent, wobei Jabloko insgesamt zwei Hauptziele verfolgte, die Aufrechterhaltung der Staatlichkeit Russlands und die friedliche Lösung des Konfliktes in Tschetschenien, die im Gleichgewicht zueinander stehen sollten.

Zur Durchsetzung der kritischen Position versuchte Jabloko zwei juristische Mittel anzuwenden, die dem Parlament zur Kontrolle der Regierungstätigkeit zur Verfügung stehen: die Wahrnehmung der Gesetzgebungstätigkeit und Sanktionsmaßnahmen gegen die Regierung und den Präsidenten, insbesondere das Regierungsmisstrauen. Beim ersten Krieg missglückten jedoch insgesamt drei Versuche der Jabloko-Fraktion, ein Misstrauensvotum einzubringen, da Jabloko nicht die notwendigen 90 Unterschriften sammeln konnte.⁵⁷ Auch am Impeachment-Verfahren,

⁵³ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Jabloko nicht die Entscheidung des Verfassungsgerichtes vom 31. Juli 1995 bestreitet, nach der anerkannt wurde, dass die Präsidentendekrete über die Wiederherstellung der Verfassungsordnung auf dem Territorium der Tschetschenischen Republik der Verfassung nicht widersprechen. Nach Jabloko hat das Verfassungsgericht jedoch ein anderes Problem entschieden. Es prüfte die Texte der Dekrete. Inhalte und Konsequenz der Handlungen des Präsidenten als Oberster Amtsträger und Oberbefehlshaber, die Entscheidung des Präsidenten, die in den Texten der Dekrete nicht erscheinen, habe das Verfassungsgericht im Rahmen seiner Machtbefugnisse nicht geprüft. Vgl. Javlinskij, G., Nakazanie vlasti za prestuplenija neotvratimo. Ob otvetstvennosti prezidenta B. N. Jelcina za dejstvija, povlekšie massovyje čelovečeskie žertvy. Vystuplenie v Gosudarstvennoj Dume 15 maja 1999 goda, in: Javlinskij, G., O rossijskoj politike, Vystuplenija i stat'i (1994–1999), Moskau 1999. S. 397–404, hier S. 399.

⁵⁴ Arbatov, Aleksej, Bezopasnost': Rossijskij vybor, Moskau: Ėpicentr, 1999, S. 71.

⁵⁵ „Vystuplenie na plenarnom zasedanii Gosdumy 18 janvarja 1995 goda deputata frakcii ‚Jabloko‘ S. V. Ivanenko pri obsuždenii proekta Federal'nogo Konstitucionnogo Zakona ‚O črezvyčajnom položenii‘“, 18.01.1995, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁵⁶ Arbatov, Aleksej, Prizyvniki – ne deševoe pušėčnoe majso, in: „Jabloko Rossii“, Nr. 18 (110), 06.05.2000.

⁵⁷ „Sorvana tret'ja popytka frakcii ‚Jabloko‘ vynesti vopros o nedoverii pravitel'stvu na obsuždenie Dumy“, 15.05.1996, in: Vestnik „Političeskij kalendar“, Nr. 163, 15.05.1996.

das 1999 gegen Jelzin eingeleitet wurde, beteiligte sich Jabloko.⁵⁸ Dabei entschied sich die Fraktion Jabloko am 8. April 1999 einstimmig für eine solidarische Abstimmung bei der Anklageerhebung gegen den Präsidenten im Zusammenhang mit dem Krieg in Tschetschenien.⁵⁹ Gemäß der Geschäftsordnung von „Jabloko“ verpflichtet die solidarische Abstimmung alle Fraktionsmitglieder, nicht gegen eine getroffene Entscheidung zu stimmen, wobei es erlaubt ist, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.⁶⁰ Trotz der solidarischen Abstimmung zeigte das Abstimmungsergebnis jedoch relativ große innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten. Nicht die drei bis vier Abgeordneten, die im Laufe der Diskussion juristische Zweifel an der Legalität der Anklageerhebung geäußert hatten, sondern insgesamt neun Abgeordnete von Jabloko stimmten gegen die Anklage.

Historisch-zivilisatorische Argumente

Bei beiden Kriegen wird mit unterschiedlicher Häufigkeit, Intensität und Richtung auf den kulturellen und zivilisatorischen Kontext Bezug genommen. Beim ersten Krieg kam der Argumentationsstrang bei Jabloko äußerst selten vor. Dies stand im Zusammenhang mit der allgemeinen Ablehnung der Auffassung des Tschetschenien-Konfliktes als Konflikt zwischen Nationalitäten beziehungsweise zwischen Religionen. Außerdem konzentrierte sich die Kritik beim ersten Krieg auf die Frage der misslungenen Bundespolitik bei der Aufrechterhaltung des Föderationssystems und nicht auf den Separatismus Tschetscheniens. Beim zweiten Krieg bildete der kulturelle und zivilisatorische Kontext teilweise einen relevanten Teil der Argumentation, wobei die Position entsprechend der gesamten Entwicklung der Jabloko-Position beim zweiten Krieg ebenfalls geändert wurde.

In der Anfangsphase des zweiten Krieges im August 1999, in der Jabloko die Militäroperation der Regierung begrüßte, definierte Jabloko das Ereignis in Tschetschenien als Aggression von Seiten islamistischer Extremisten.⁶¹ Dabei stützte sich Jabloko darauf, dass es sich um eine ganz andere Situation als die in den Jahren 1994, 1995 und 1996 handele und dass der Konflikt einen ganz anderen Charakter habe. Unter dem Motto der Bekämpfung des islamistisch geprägten Terrorismus brachte Jabloko in diesem Fall kulturelle und zivilisatorische Argumente vor. Die Phase dauerte allerdings nicht sehr lange. Schon ab September 1999 ließ sich eine Kurskorrektur bei Jabloko beobachten, in der die Situation detaillierter und kritischer wahrgenommen wurde. Die Kritik am islamistischen Terrorismus ist nicht mehr repräsentiert und der historisch-zivilisatorische Kontext tritt wieder überwiegend im Zusammenhang mit der Warnung vor einer Provozierung von Konflikten zwischen Nationalitäten auf. Insgesamt macht die Phase der kulturellen und zivilisatorischen Erklärung des Tschetschenien-Konfliktes einen marginalen Aspekt der Jabloko-Position aus.

Bis auf die kurze Anfangsphase des zweiten Krieges reagierte Jabloko dementsprechend einerseits mit weit gehender Ablehnung des historisch-zivilisatorischen Kontextes und andererseits mit Warnungen vor einer Zuspitzung der Konflikte mit dem Islam. Die kurze Phase der aktiven Anwendung hängt mit der Auffassung des Tschetschenien-Konfliktes als Terrorismus und

⁵⁸ Die Fraktion Jabloko unterstützte die Anklage im dritten Punkt, Krieg in Tschetschenien, mit 37 Stimmen und im zweiten Punkt, Auflösung des Obersten Sowjets 1993, mit 24 Stimmen. Unterstützung bei den anderen Anklagepunkten lehnte Jabloko mit der Begründung ab, dass das Impeachment eine juristische Prozedur, keine politische sein sollte. Beschuldigungen über die Verantwortung für den Zerfall der Sowjetunion, den Zerfall der Armee und Genozid seien Beschuldigungen politischen Charakters und könnten nicht juristisch qualifiziert werden.

⁵⁹ Zajavlenie obščestvennogo ob'edinenija „Jabloko“ v svjazi s načalom procedury otrešenija ot vlasti Prezidenta RF, 14.04.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁶⁰ „Frakcija „Jabloko“ prinjala rešenje pri rassmotrenii voprosa ob impičente podderžat' punkt obvinenija v svjazi s vojnoj v Čečne“, 08.04.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁶¹ Interv'ju Grigorija Javlinskogo analitičeskoj programme „Vremja“, 14.08.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

dessen Bekämpfung zusammen. Sobald Jabloko das Tschetschenien-Ereignis wieder als Krieg definierte, marginalisierte sich der Kontext oder nahm einen kritischen Ton an. Javlinskij kommentierte im Dezember 1999, dass Versuche, eine Konfrontation Russlands mit einer der humanitärsten und mächtigsten Religionen, dem Islam, herbeizuführen, eine absolute Falle für Russland seien.⁶²

Politische Argumente

Regierungskritik

Die Regierungskritik trug bei beiden Kriegen unterschiedliche Züge. Beim ersten Krieg wurde sie in zwei Punkten ausgeübt: in Bezug auf das Versagen der Tschetschenienpolitik und auf die Ausnutzung des Tschetschenienkriegs zu innenpolitischen Zwecken. Die Kritik des Politikversagens richtete sich hauptsächlich gegen das Verfahren der Entscheidungsfindung, die Art und Weise der Verwirklichung dieser Politik, bei der das Parlament umgangen und Politik außerhalb der Rechtsordnung und ohne Verhängung des Ausnahmezustandes verfassungswidrig durchgeführt worden sei. Die Anklage gegen den Präsidenten bezüglich des ersten Tschetschenienkriegs unterstützte Jabloko auf Grund der folgenden Faktoren.⁶³ Erstens warf Jabloko Jelzin verbrecherische Fahrlässigkeit bei der Tschetschenienpolitik vor, die vor allem mit der Waffenübergabe an Tschetschenien beim Abzug der russischen Truppen begangen worden sei. Die Untätigkeit der Bundesregierung Ende 1991 bis zur ersten Hälfte 1992 sei außerdem der Grund für die Formierung einer kampffähigen Armee in Tschetschenien gewesen. Die Regierung wurde darüber hinaus beschuldigt, im Juni 1996 die Übergabe von Waffen schweren Typs an Dudaev rechtskräftig gemacht zu haben. Zweitens wurde die Regierung wegen der Ablehnung von Verhandlungen angeklagt. Jelzin wurde beschuldigt, dadurch, dass er seine persönliche Feindseligkeit nicht überwinden konnte, verantwortlich für Tausende von Toten zu sein. Drittens wurde Jelzin die Unterdrückung von Informationen, darunter auch über die Opfer, vorgeworfen. Die Regierung hätte es abgelehnt, Dokumente freizustellen, wobei insbesondere Protokolle des Sicherheitsrates geheim blieben und nirgendwo publiziert wurden.

Entsprechend ihrer Grundposition unterstützte Jabloko den Abschluss des Chasavjurt-Vertrages Ende 1996, der durch die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten sowie von der Bevölkerung als Demütigung für Russland empfunden und abgelehnt wurde.⁶⁴ Jabloko unterstützte als einzige Fraktion diesen Vertrag und vertrat die Ansicht, dass es andere Lösungen des Problems nicht gebe.⁶⁵ Am 28. November 1996 gab Grigorij Javlinskij darüber hinaus eine Erklärung ab, dass Jabloko sich kategorisch gegen ein Urteil und sogar gegen die Behandlung der Frage über das Impeachment des Präsidenten und das Misstrauensvotum gegen die Regierung auf Grund des Friedensabkommens stelle.⁶⁶ Jabloko setzte sich auch für die Unterstützung der Dekrete von Boris Jelzin über den Abzug der zwei letzten Truppeneinheiten aus Tschetschenien sowie für das Černomyrdin-Maschadov-Abkommen ein. Die positive Einstellung zum Chasavjurt-Vertrag

⁶² Javlinskij, Grigorij, Smysl nacional'noj politiki – uvaženie!, in: Mir nacional'nostej, 16.12.1999, S. 3.

⁶³ Javlinskij, G., Nakazanie vlasti za prestuplenija neotvratimo. Ob otvetstvennosti prezidenta B. N. Jelcina za dejstvija, povlekšie massovyje čelovečeskie žertvy. Vystuplenie v Gosudarstvennoj Dume 15 maja 1999 goda, in: Javlinskij, G., O rossijskoj politike. Vystuplenija i stat'i (1994–1999 gg.), Moskau 1999, S. 397–404.

⁶⁴ „Iskusstvo govorit' pravdu ili O nekotorych aspektach političeskoj pozicii „Jabloka“ v 1996–97 godach“, Press-služba frakcii „Jabloko“, Moskau, Januar 1998, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁶⁵ Die schlechten Bedingungen für Russland beim Chasavjurt-Vertrag seien Folgende: Verschiebung der Klärung des Status Tschetscheniens bis 2001, Demilitarisierung (keine Entwaffnung) der tschetschenischen Armee, keine Rechenschaftspflicht in Grozny und Verkündung des Völkerrechts als einem der Prinzipien der Beziehung zwischen Republik und Zentrum. Vgl. Lukin, Vladimir, Nam, kak obyčno, ne chvataet dvuch nedel', in: Jabloko Rossii, Nr. 3 (95), 22.01.2000.

⁶⁶ Press-konferencija G. Javlinskogo 28.11.1996, „Gosduma i ispolnitel'naja vlast'“, in: Novaja gazeta (NG), Elektronische Version, Nr. 225, 29.11.1996, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

blieb beim zweiten Krieg erhalten, allerdings mit dem Vorbehalt, dass die drei Hauptinhalte des Vertrages, die Verschiebung der Statusfrage bis 2001 sowohl von Russland als auch von Tschetschenien nicht erfüllt worden seien.⁶⁷ Jabloko vertrat die Position, dass die Gründe für die weitere Verschlechterung nach dem Chasavjurt-Vertrag im Fehlen einer deutlichen Linie Moskaus in den drei Jahren von 1996 bis 1999 zu suchen seien.⁶⁸

Die zweite Kritik gegenüber der Jelzin-Regierung basierte auf den Vorwürfen der Ausnutzung des Tschetschenienkrieges für die Innenpolitik. Die Handlungen der Regierung in Tschetschenien erlaubten, so Javlinskij am 27. Januar 1996, nicht nur die Schlussfolgerung, dass sie unfähig zur Krisenlösung sei, sondern auch, dass es an der Fortsetzung der Krise interessierte Regierungsgruppen gebe.⁶⁹ Diese wollten den Krieg in der jetzigen Form fortsetzen und jegliche Pläne einer friedlichen Lösung ausschließen.

Beim zweiten Krieg basierte die Position von Jabloko auf einer wesentlich anderen Ausgangsposition, nämlich auf der Unterstützung der Regierungsposition in den Grundlinien. Im Unterschied zum ersten Krieg verkündete Javlinskij allgemein die Unterstützung der Militäroperation, wenn auch in begrenztem Maße. Diese Position wurde von Arbatov⁷⁰ mit dem Argument unterstützt, dass es anders als im ersten Tschetschenienkrieg in Tschetschenien eine klare Aggression gegen Russland gebe.⁷¹

Allerdings verlagerte sich der Schwerpunkt im Laufe des Krieges. In der ersten Phase erklärte Jabloko, sowohl mit dem allgemeinen Ziel der Bewahrung Tschetscheniens als Subjekt der Russischen Föderation als auch mit der allgemeinen Strategie der Militärlösung einverstanden zu sein, da das tschetschenische Regime die Verantwortung für den Krieg trage. Jabloko verkündete dabei nicht nur die volle Unterstützung der militärischen Operationen der Jelzin-Regierung, sondern forderte auch die harte und möglichst schnelle Vernichtung der „Banditen“.⁷² Die geänderte Position begründete V. Averčev damit, dass sich die Situation beim zweiten Krieg geändert habe.⁷³

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass bei der Unterstützungsbekundung die prinzipielle Position von Jabloko zumindest als Hintergrund relativ kontinuierlich erhalten blieb. Im August 1999, als Jabloko noch die volle Unterstützung für die Militäroperation der Regierung verkündete, wurde auch betont, dass sich nicht wiederholen dürfe, was 1995 und 1996 geschehen sei. Ein Krieg gegen ein ganzes Volk sei unzulässig.⁷⁴ Javlinskij äußerte sich Ende September gegen die Bodenoperationen auf dem Territorium Tschetscheniens und forderte, dass die Regierung ausschließlich die Terroristen hart bekämpfen solle, jedoch bei minimalen Verlusten und bei kategorischer Ablehnung von Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung.⁷⁵

⁶⁷ Lukin, Vladimir, Nam, kak obyčno, ne chvataet dvuch nedel', in: Jabloko Rossii, Nr. 3 (95), 22.01.2000.

⁶⁸ Arbatov, Aleksej, Bezopasnost': Rossijskij vybor, Moskau: Ėpicentr 1999, S. 81–85.

⁶⁹ Javlinskij, G., Lož' i nasilie v rossijskoj politike. Doklad na III s'ezde ob'edinenija „Jabloko“ 27 janvarja 1996, in: Javlinskij, G., O rossijskoj politike. Vystuplenija i sta'i (1994–1999 gg.), Moskau 1999, S. 97–103, hier S. 99.

⁷⁰ Abgeordneter von Jabloko (1993–2003), Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Sicherheit (1995–2003), Experte für Außen- und Sicherheitspolitik.

⁷¹ Arbatov, Aleksej, Čečnju nado brat' izmorom, in: Jabloko Rossii, Nr. 39, 9.–16.10.1999.

⁷² „Javlinskij nazyvaet sobytija v Dagestane agressej protiv Rossii meždunarodnych islamskich Ėkstremitov“, 19.08.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>; Lukin, Vladimir, Nam, kak obyčno, ne chvataet dvuch nedel', in: Jabloko Rossii, Nr. 3 (95), 22.01.2000.

⁷³ „Vyборы – 99. Dva na dva“, Wahlkampfdebatte zwischen Vladimir Averčev (Jabloko) und Aleksej Podberezkin (Duchovnoe nasledie), in: Radio „Svoboda“, 02.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁷⁴ „Zasedanie Bjuro Central'nogo soveta ob'edinenija „Jabloko““, in: Partinform, Nr. 33 (343), 18.08.1999.

⁷⁵ „Javlinskij vyskazyvaetsja protiv suchoputnoj operacii na territorii Čečni“, 27.09.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

Die zweite Phase begann am 9. November 1999 mit einer überraschenden Erklärung von Javlinskij, in der er die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Möglichkeit von Verhandlungen mit Maschadov unter sechs Bedingungen in Erwägung zog.⁷⁶ Diese Kurskorrektur begründete Javlinskij damit, dass es bei dem Krieg an sich unterschiedliche Etappen gebe.⁷⁷ Javlinskij zufolge sei in der zweiten Etappe offensichtlich geworden, dass es sich um keine antiterroristischen Operationen mehr handelte, sondern dass sich die Situation zu einem breit angelegten Krieg, einem Krieg der Vergeltung und Eroberungskrieg entwickelt habe.⁷⁸ Diese Ansicht basierte darauf, dass die Bodenoperationen eine ernste Zuspitzung der Situation in allen nordkaukasischen Regionen zur Folge haben würden, ein Hinüberwachsen des Kampfes gegen Terroristen in einen neuen Kaukasuskrieg.⁷⁹ Damit beginne eine neue Phase, in der der Tschetschenienkonflikt wieder als Krieg zu definieren sei. Deshalb vertrat Jabloko seit November 1999 die Position, dass die Militäroperationen durch parallele politische Verhandlungen begleitet werden sollten.⁸⁰ Javlinskij zufolge sei Gewaltanwendung nur in dem Fall zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig unmittelbar Verhandlungen mit der Administration der Tschetschenischen Republik über eine Problemlösung und die etappenweise Stabilisierung der Situation geführt würden. Javlinskij beurteilte dabei das Streben der Militärs nach einem endgültigen Sieg in Tschetschenien sowohl als absolut illusionär als auch als schädlich für das Land.⁸¹

Tschetschenienkritik

Die Position von Jabloko gegenüber Tschetschenien war jeweils von der Frage abhängig, ob es sich um Separatismus oder Terrorismus handelte. Beim ersten Krieg definierte Jabloko die tschetschenischen Ziele klar als separatistisch und vertrat relativ vorsichtig eine kritische Position gegenüber Tschetschenien. So vertrat Jabloko kontinuierlich eine kompromissbereite Position und stellte humanitäre Forderungen wie die Feuereinstellung zur Bestattung, humanitäre Hilfe für die Bewohner und Hilfe für Verwundete, in den Vordergrund.⁸² Diese Position steht im Zusammenhang mit der Anerkennung des Kriegszustandes.

Beim zweiten Krieg ging man anfänglich von der Annahme aus, dass der Terrorismus des tschetschenischen Regimes für den Krieg verantwortlich sei. Bis zur Erklärung von Javlinskij bestand Jabloko daher ausschließlich auf der Auffassung, dass die Militäroperation der russischen Regierung dazu diene, den Terrorismus zu bekämpfen. Diese Grundhaltung bestimmte die wesentlich kritischere Position von Jabloko gegenüber Tschetschenien beim zweiten Krieg. Insbesondere in der ersten Phase bezog Jabloko eine kompromisslose Position und unterstützte die militärischen „Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen“ der russischen Regierung. Die Hauptverantwortung für diesen zweiten Krieg wird den Versäumnissen der tschetschenischen Führung zugeschrieben, die drei Jahre Zeit gehabt habe, ein geordnetes Leben in der Republik zu organisieren und Beziehungen zur föderalen Regierung aufzunehmen.⁸³ Javlinskij schätzte die

⁷⁶ Zajavlenie rukovoditelja frakcii „Jabloko“ Gosudarstvennoj Dumy Grigorija Javlinskogo, 09.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁷⁷ „Debaty meždu Grigorijem Javlinskim i Anatolijem Čubajsov v programme ‚Glas naroda‘“, in: Kanal NTV, 26.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁷⁸ „Interv'ju G. Javlinskogo po itogam vyborov“, in: Jabloko Rossii, Nr. 1 (93), 1. Januar 2000.

⁷⁹ „Grigorij Javlinskij predosteregajet federal'nye vlasti ot Eĵforii pri provedenii silovoj operacii na Kavkase“, 05.10.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁸⁰ Arbatov, Aleksej, „Cholodnoj vojny“ ešče net. No est' „cholidnyj mir“, in: Komsomol'skaja pravda, 25.02.2000, S. 6.

⁸¹ Javlinskij, Grigorij, Šest' uslovij Maschadovu, in: Obščaja gazeta, Nr. 45, 11.11.1999.

⁸² Parlamentsrede von A. G. Arbatov, in: Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma, Bd. 13, 11.01.1995, S. 102–103.

⁸³ Arbatov, Aleksej, „Cholodnoj vojny“ ešče net. No est' „cholidnyj mir“, in: Komsomol'skaja pravda, 25.02.2000, S. 6.

Situation in Dagestan als Aggression islamistischer Extremisten gegen Russland ein und charakterisierte das Ereignis als terroristischen Krieg gegen Russland.⁸⁴

In der zweiten Phase, die mit der Javlinskij-Erklärung begann, beurteilte Jabloko die Operation als Krieg gegen den Separatismus und kehrte zur kompromissbereiten Position gegenüber Tschetschenien zurück. Seit der zweiten Phase vertrat Jabloko auch die Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen mit Tschetschenien. Zusammenfassend beruhte die Position von Jabloko zu Tschetschenien bis auf die kurze Anfangsphase des zweiten Krieges relativ kontinuierlich darauf, dass es sich bei dem breiten Protest der Bevölkerung Tschetscheniens um einen separatistischen Kampf handele. Dem Aspekt des Terrorismus wird erst beim zweiten Krieg das Schwergewicht eingeräumt. Gegenüber der tschetschenischen Seite verwendete Jabloko daher in beiden Kriegen relativ verhandlungs- und kooperationsbereite Strategien.

Allerdings traten die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten insbesondere im Hinblick auf drei Fragen hervor: 1. ob die Frage des Status von Tschetschenien einen Verhandlungsgegenstand darstelle; 2. ob die Anerkennung der territorialen Einheit Russlands als Verhandlungsgrundlage festzulegen sei; 3. ob der tschetschenische Präsident Maschadov als angemessener Verhandlungspartner annehmbar sei.

Die liberale Position, die die dominanteste Linie darstellt und vor allem durch G. Javlinskij und S. Mitrochin⁸⁵ vertreten wird, zeigt bezüglich der oben genannten drei strategischen Fragen eine liberale und kompromissbereite Position. Javlinskij setzte schließlich seine Position offensiv durch, so dass er am 9. November 1999 ohne Absprache mit anderen Parteimitgliedern eine Erklärung abgab. Die Aktion wurde zwar sowohl innerparteilich wie auch von außen heftig kritisiert,⁸⁶ trug jedoch letztlich zur starken Hervorhebung der Jabloko-Position als kritisch gegenüber dem Krieg bei. In Hinsicht auf die Möglichkeit von Verhandlungen über die Statusfrage wurde eine offene Position bezogen, jedoch ohne sich darüber zu äußern, ob auch die Unabhängigkeit Tschetscheniens in Erwägung zu ziehen sei.⁸⁷ Dabei trat die demokratische Prozedur als eine der relevantesten Verhandlungsbedingungen auf. Javlinskij schlug in einem im Januar 1995 veröffentlichten Plan vor, die erste Etappe der Verhandlungen über den politischen Status der Tschetschenischen Republik unter Bedingungen wie der Durchführung von freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Republik bei Teilnahme internationaler Beobachter durchzuführen.⁸⁸ Ein im Januar 1996 vorgelegter Regulierungsplan sieht darüber hinaus vor, die Frage des Status der Tschetschenischen Republik durch ihre Bevölkerung mit einem Republiksreferendum zu entscheiden.⁸⁹ Der provisorische Status der Republik in der Phase bis zum Referendum sollte im Prozess der russisch-tschetschenischen Verhandlungen über konkrete Fragen ausgearbeitet werden. Noch im September 1999 äußerte S. Stepašin, der bei den Wahlen 1999 mit Jabloko koalierte, dass die Zeit gekommen sei, die Frage über die Durchführung des Referendums zur Unabhängigkeit der Tschetschenischen Republik zu stellen. Nach seiner Meinung würde niemand aus der Russländischen Föderation austreten, jedoch

⁸⁴ Press-konferencija G. Javlinskogo pered golosovaniem po kandidate V. Putina, 16.08.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

⁸⁵ Mitglied des Blocks „Javlinskij-Boldyrev-Lukin“, Abgeordneter der Jabloko-Fraktion (1994–2003), Stellvertreter der Vorsitzender des Komitees der regionalen Selbstverwaltung von Jabloko.

⁸⁶ Interview der Verfasserin mit Sergej Mitrochin am 22.08.2000 in Bremen.

⁸⁷ Javlinskij war auch nicht bereit, Tschetschenien die Unabhängigkeit zu gewähren. Kramer weist darauf hin, dass Javlinskij schwierige Bedingungen für Tschetschenien vorlegt und warnt, dass eine militärische Lösung nötig sein würde, wenn Tschetschenien diese Bedingungen nicht annähme. Vgl. Kramer, Mark, *Civil-military relations in Russia and the Chechnya conflict*, Harvard University, Dezember 1999, Programm on New Approaches to Russian Security Policy Memo Series, Nr. 99.

⁸⁸ Zajavlenie G. Javlinskogo, 04.01.1995, in: Parteiarchiv Jabloko.

⁸⁹ Javlinskij, G., Plan uregulirovanija konflikta v Čečne, predložennyj Presidentu Rossii B. El'cinu i Prezidentu Čečni A. Dudaevu, 11.01.1996, in: Javlinskij, G., *O rossijskoj politike, Vystuplenija i stat'i (1994–1999)*, Moskau 1999, S. 90–91.

würden die Referendumsergebnisse eine juristische Möglichkeit zur Lokalisierung der Situation geben.⁹⁰ Javlinskij äußerte am 26. September 1999 wieder, dass die Frage der Selbständigkeit bzw. Separation auf dem politischen Weg von Verhandlungen entschieden werden könne, die beliebig verlängert werden sollten.⁹¹ So sprach er sich für eine endgültige politische Regelung mit einem anschließenden Referendum des tschetschenischen Volkes über den Status der Republik aus. Mitrochin weist darauf hin, dass Javlinskij zunächst in Erwägung gezogen habe, die staatliche Unabhängigkeit Tschetscheniens zu unterstützen, aber auf Grund der kritischen Mehrheitsmeinung innerhalb von Jabloko, die eine Abtrennung Tschetscheniens weder für realistisch noch für wünschenswert hielt, die Position zurückgezogen habe.⁹²

Bezüglich der Verhandlungsbedingungen sah diese Position nicht vor, die Anerkennung der territorialen Einheit Russlands als Bedingung für Verhandlungen festzulegen.

Auch Verhandlungen mit Maschadov wurden prinzipiell für möglich erklärt. Die Legitimität von Maschadov als Verhandlungspartner sah A. Mel'nikov darin, dass Maschadov die gewählte Regierung Tschetscheniens vertrete. In diesem Kontext hielt er Verhandlungen mit Gruppierungen für unmöglich, die eine eigene Ordnung mit Gewalt durchsetzten und deren Führung sich nicht der tschetschenischen Regierung unterordne.⁹³

Allerdings bleibt diese radikale Strategie der liberalen Position faktisch begrenzt. Der Entwurf von Javlinskij, der drei Verhandlungsetappen mit Maschadov vorsah, enthielt schwierig zu erfüllende Bedingungen und Schritte.⁹⁴ Außerdem setzte die Erklärung von Javlinskij den Vorbehalt voraus, dass im Fall der Absage von Maschadov die militärische Operation fortzuführen sei. S. Mitrochin hob darüber hinaus einige pragmatische Aspekte der Javlinskij-Argumente hervor.⁹⁵ Er versuchte, differenzierte Aspekte zur Terrorismusbekämpfung und zum Krieg gegen das tschetschenische Volk zu verdeutlichen, was durch das Motto „Vernichtung der Terroristen mit minimalen Opfern“ zum Ausdruck kam. Er betonte, dass Jabloko die Aktionen der russischen Streitkräfte in Tschetschenien unterstütze und schätzte, dass Soldaten ihre Aufgabe gewissenhaft erfüllten.⁹⁶ Jabloko sei dafür, Aktionen zur Vernichtung von Terroristen einzustellen. Mitrochin betonte auch den politischen Effekt, den Russland durch Verhandlungsversuche mit Maschadov erzielen könnte. Nach seiner Ansicht schaffe ein solcher Versuch eine moralische Legitimierung der Militäroperation: wenn Maschadov auf die Initiative der russischen Führung nicht reagieren würde müsse Russland eine Militäroperation zur endgültigen Vernichtung der Terroristen durchführen. Dann könne niemand Russland beschuldigen, nicht versucht zu haben, das Problem mit politischen Mitteln lösen zu wollen. Auch im Fall des

⁹⁰ „Sergej Stepašin o situacii v Čečne“, 19.09.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

⁹¹ Debaty G. A. Zjuganova s G. A. Javlinskim, 26.09.1999, in: Sovetskaja Rossija, Nr. 114 (11857), 30.09.1999.

⁹² Interview der Verfasserin mit Mitrochin am 22.08.2000 in Bremen.

⁹³ Mel'nikov, Aleksej, „Jabloko“ o vojne v Dagestane, in: Vedomosti, 03.09.1999, S. A2.

⁹⁴ In der ersten Etappe der Verhandlungen solle der Regierungsvorsitzende der RF ein Ultimatum an Maschadov stellen, gemäß dem Maschadov seine Bereitschaft zu erklären habe, die Terroristen Basaev, Chattab und andere der russischen Regierung ohne jegliche Vorbedingungen auszuliefern, alle ausländischen Söldner über die Grenzen Tschetscheniens auszuweisen und bewaffnete Formierungen von Terroristen aufzulösen. In der zweiten Etappe solle auf der Basis des Einverständnisses von Maschadov unverzüglich eine Konsultation mit ihm über die praktische Realisierung der Ziele aufgenommen werden. Dabei habe die russische Seite das Recht, von Maschadov die Gewährung aller Informationen über Handlungen der Terroristen auf dem Territorium Tschetscheniens und außerhalb ihrer Grenzen zu fordern. In der dritten Etappe, sofern das Ziel mit vereinten Kräften erreicht worden wäre, solle die russische Regierung zur Befreiung des Territoriums Tschetscheniens von Terroristen gemeinsam mit durch Maschadov kontrollierten Kräften übergehen und politische Verhandlungen über den Status der tschetschenischen Republik im Bestand der RF beginnen. Wenn Maschadov auf die Initiative der russischen Regierung nicht reagiere, solle die russische Regierung die Operation zur endgültigen Vernichtung der Terroristen mit eigener Gewalt führen. Vgl. „O situacii na severnom kavkaze, pozicija partii ‚Jabloko‘“, Entwurf, 11.11.1999, in: Parteiarchiv Jabloko.

⁹⁵ Informacionno-analičeskij eženedel'nik o dejatel'nosti političeskich ob'edinenij Rossii, Nr. 46 (356), 17.11.1999.

⁹⁶ Mitrochin, Sergej, Ul'timatum Maschadovu, in: Vedomosti, 16.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

Einverständnis von Maschadov mit dem Vorschlag sei dies von Vorteil für Russland, da es zum Zerfall und zur Desorganisation der tschetschenischen Kämpfer und zur Schwächung der Position der Terroristen führen könne.

Die etatistische Position, die insbesondere von Lukin⁹⁷, Arbatov und teilweise auch Šejnis⁹⁸ vertreten wurde, kam in der etatistischen Prioritätensetzung der territorialen Einheit der Russländischen Föderation überein. Für diese Position stand die Unterwerfung Tschetscheniens unter das einheitliche föderale Staatssystem der Russländischen Föderation im Mittelpunkt der Tschetschenienfrage. Verhandlungen über den Status der Tschetschenischen Republik als unabhängigen Staat außerhalb der Russländischen Föderation kommen für die etatistische Position nicht in Frage. Lukin betonte, dass er persönlich zur Frage der vollen Unabhängigkeit Tschetscheniens keine Verhandlungen führen werde.⁹⁹ V. Šejnis ist der Ansicht, dass der Status der Tschetschenischen Republik auf keinen Fall Verhandlungsgegenstand sein dürfe.¹⁰⁰ Die Souveränität der Republik im Bestand des föderativen, nicht des konföderativen Staates sei vom verfassungsmäßigen Gesichtspunkt aus betrachtet ebenso Nonsense wie die Souveränität der Tataren, Baškiren oder Tschetschenen innerhalb Russlands. Nach Šejnis sei es sowohl politisch als auch moralisch nicht legal, den Präsidenten für den Tschetschenienkrieg und für das Ereignis 1993 zur Rechenschaft zu ziehen, da beide Ereignisse im gesamten Umfang in die Verantwortlichkeit aller politischen Institutionen fielen¹⁰¹ und es um die Bewahrung der staatlichen Einheit gehe.¹⁰² Nach seiner Ansicht trage die Aktion der Föderalen Armee in Tschetschenien einen verbrecherischen Charakter, der jedoch schwer von einem Fehler zu unterscheiden sei, so dass es problematisch sei, die des Präsidenten hervorzuheben. Šejnis äußerte außerdem seine Überzeugung von der Notwendigkeit, die Einheit des Staates zu verteidigen. Versuche, die Verfassungsordnung in Tschetschenien zu bewahren, seien seiner Meinung nach an sich kein Grund für Anschuldigungen gegen den Präsidenten. Šejnis brachte durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung über die Impeachmentfrage seine Gegenposition zum Ausdruck. Šejnis betonte auch bei der Parlamentsdebatte über Maßnahmen zur friedlichen Krisenbewältigung in Tschetschenien, dass Pensionen und andere soziale Zuwendungen sowie Kompensationen niemals über die Regierungsstruktur der tschetschenischen Republik Ičerija, sondern nur durch föderale Behörden verteilt werden dürften.¹⁰³

Darüber hinaus hielt die etatistische Position einige Verhandlungsbedingungen für notwendig. Einen politischen Prozess könne man, so Lukin, erstens nur auf der Basis des gemeinsamen Verständnisses darüber aktivieren, dass Russland eine territoriale Einheit sei. Verhandlungen seien nicht mit Terroristen, sondern mit Partnern zu führen, die bereit seien, auf der Grundlage der Verfassung der RF und der Gesetze zu handeln.¹⁰⁴ Eine zweite Verhandlungsbedingung stellte das Einverständnis darüber dar, dass auf dem Territorium Russlands nur solche bewaffnete Kräfte bestehen dürften, die sich dem föderalen Zentrum unterordneten und darin verankert

⁹⁷ Abgeordneter der Jabloko-Fraktion (1993–2003), Erster stellvertretender Vorsitzender von Jabloko, Stellvertretender Vorsitzender der Duma (1999–2003).

⁹⁸ Abgeordneter der Jabloko-Fraktion (1993–1999), Mitglied des Büros der Jabloko.

⁹⁹ Vystuplenie V. Lukina v prjamom Ėfire radio „Ėcho Moskvj“, 17.01.2000, in: Internetseite von „Ėcho Moskvj“: <http://www.indem.ru/pa98>

¹⁰⁰ Šejnis, V. L., Čečenskij konflikt i ego političeskie posledstvija. Vystuplenija deputatov frakcii „Jabloko“ na zasedanijach Gosudarstvennoj Dumy, Dekabr' 1994 – Janvar' 1995, Press-služba, 11.01.1995, in: Informacionnyj bjulleten' Nr. 1, 1995, in: Parteiarchiv Jabloko.

¹⁰¹ Šejnis, Viktor, Pozicija deputata, ne podderžavšego obvinenie protiv prezidenta v svjazi s vojnoj v Čečne, in: Impičment, pozicija Jabloka, Moskau 1999, S. 67–69.

¹⁰² Interview der Verfasserin mit Viktor Šejnis am 22.05.2001 in Moskau.

¹⁰³ Gosudarstvennaja Duma, Stenogramma zasedanii, Bd. 10 (33), 25.10.1996, S. 464.

¹⁰⁴ Press-konferencija V. Lukina, 15.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

seien.¹⁰⁵ Solange es dieses Einverständnis nicht gebe, könne es keine Verhandlungen geben, so Lukin. Außerdem stellte Arbatov Forderungen wie die Übergabe der Kämpfer und aller Geiseln sowie aller Kriegsgefangenen.¹⁰⁶

Eine kleine Meinungsverschiedenheit ließ sich jedoch zwischen Lukin und Arbatov beobachten, wobei Lukin eine härtere Position vertrat, während Arbatov sich sowohl zu Verhandlungen allgemein als auch insbesondere zu Verhandlungen mit Maschadov bereit erklärte.¹⁰⁷ Arbatov schlug 1999 beispielsweise vor, Tschetschenien den Sonderstatus eines Subjekts der Russländischen Föderation oder irgendeine Form eines „assozierten Mitglieds der Russländischen Föderation“ zu gewähren, was einen Zwischenstatus zwischen dem Status Tatarstans und dem von Belarus bedeuten würde.¹⁰⁸ Dabei sollte eine eindeutige Formulierung wie „volle Unabhängigkeit Tschetscheniens“ oder „Status der Subjekte der Russländischen Föderation“ vermieden werden, denn sie würde unversöhnlichen Widerstand entweder in Russland oder in Tschetschenien hervorrufen. Arbatov trat auch für Verhandlungen mit Maschadov ein, die parallel neben der Militäroperation geführt werden sollten. Kritische Einwände gegen Maschadov, so z.B., dass er die Situation nicht unter Kontrolle habe oder dass er ein Krimineller sei, hielt Arbatov für nicht stichhaltig.¹⁰⁹

Lukin betonte im Gegensatz dazu den Vorrang der Militäroperation. Er hielt die militärische Operation für notwendig, unabhängig davon, ob politische Verhandlungen sie begleiteten. Politischer Dialog sei notwendig, solle aber nicht an die Stelle der Operation zur Entwaffnung der Terroristen treten.¹¹⁰ Lukin äußerte darüber hinaus, dass er im Prinzip nicht dagegen wäre, in Tschetschenien auf militärischem Wege schnell und effektiv eine Verwaltung des föderalen Zentrums aufzubauen und danach Verhandlungen zu führen.¹¹¹ Lukin bestritt die Position von Javlinskij über die Anerkennung des Kriegszustandes und hielt es für unmöglich, eine Grenze zwischen Terroristen und bewaffneten Separatisten zu ziehen. Lukin fügte hinzu, dass es absolut ungünstig sei, zu vermuten, dass Maschadov Basaev und Chattab nicht bändigen wolle oder könne. Außerdem habe er Zweifel, ob es nicht vergebliche Mühe sei, da Maschadov die Situation nicht unter Kontrolle habe.¹¹²

Letztlich kam es Anfang 2000 zu einer Annäherung zwischen den verschiedenen Positionen. Dies war eine Folge sowohl der Durchsetzung der dominanten Javlinskij-Position als auch der Integrierung der etatistischen Minderheitenposition. Javlinskij erklärte am 11. Januar 2000, dass aktuell in Tschetschenien eine breit angelegte Militäraktion durchgeführt würde, die mit einer antiterroristischen Operation nichts gemein hätte, wie durch die russische Regierung am Anfang erklärt worden sei.¹¹³ Gleichzeitig machte er einen Schritt zurück von seiner ursprünglichen Position und stellte als Vorbedingung für Verhandlungen mit Maschadov die Anerkennung der

¹⁰⁵ Vystuplenie V. Lukina v prjamom Ėfire radio „Ėcho Moskvj“, 07.01.2000, in: Internetseite von „Ėcho Moskvj“: <http://www.indem.ru/pa98>

¹⁰⁶ Interv'ju Alekseja Arbatova na „Ėcho Moskvj“, 11.04.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹⁰⁷ Arbatov, Aleksej, „Cholodnoj vojny“ ešče net. No est' „cholodnyj mir“, in: Komsomol'skaja pravda, 25.02.2000, S. 6.

¹⁰⁸ Arbatov, Aleksej, Bezopasnost': Rossijskij vybor, Moskau: Ėpicentr, 1999, S. 79.

¹⁰⁹ Interv'ju Alekseja Arbatova na „Ėcho Moskvj“, 11.04.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹¹⁰ Lukin, Vladimir, Moskva, govornite gromče, in: Moskovskie novosti, Nr. 43 (1011), 9.–15.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹¹¹ Lukin, Vladimir, Nam, kak obyčno, ne chvataet dvuch nedel', in: Jabloko Rossii, Nr. 3 (95), 22.01.2000.

¹¹² Press-konferencija Vladimira Lukina v meždunarodnom press-centre gostinicy „Slavjanskaja“, 15.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹¹³ „Grigorij Javlinskij vystupaet za peresmotr podchodov k razrešeniju situacii v Čečne“, 11.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

territorialen Einheit und der Verfassung Russlands.¹¹⁴ Andererseits erklärte sich Lukin zu Verhandlungen mit Maschadov bereit, unter der Voraussetzung, dass Maschadov die Vorbedingungen annähme, nämlich die Anerkennung der territorialen Einheit Russlands und sich verpflichte, alle Probleme auf dem Verhandlungswege und mit friedlichen Mitteln zu lösen und nicht auf der Seite der Terroristen gegen Russland zu den Waffen zu greifen.¹¹⁵

Außenpolitischer Faktor

Beim ersten Krieg verhielt sich Jabloko internationalen Kritiken gegenüber weit gehend tolerant und offen, so dass sogar eine Einbeziehung von internationalen Organisationen bei der Krisenbewältigung gewünscht wurde. Allgemein kommt aber die Bezugnahme auf den außenpolitischen Faktor beim ersten Krieg selten vor. Erst beim zweiten Krieg spielte der außenpolitische Faktor zunehmend eine wichtigere Rolle, sowohl wegen der Sanktionsversuche internationaler Organisationen als auch wegen der internationalen Lage im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg. Jabloko bezog einerseits kritisch Stellung zu den Sanktionsversuchen der internationalen Organisationen und bezüglich des Kosovo-Kontextes. Andererseits war Jabloko insbesondere während der Problemphase bei der PACE im April 2000 die einzige Fraktion, die sich um die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Westen bemühte.

Internationale Sanktionsversuche gegen Russland wegen des Tschetschenienkriegs stießen auf Ablehnung und Kritik bei Jabloko, insbesondere von Seiten von V. Lukin und A. Arbatov. Die Positionen gegen internationale Sanktionen basieren auf unterschiedlichen Argumenten: Konsens über Großmacht und neue Weltordnung in gemäßiger Form, juristische Unbegründetheit, Effektivität der Maßnahmen. Während das Großmacht-Argument eher von einer Minderheit vertreten wurde, stützte sich die Kritik der Mehrheit überwiegend auf das neutrale Argument der Effektivität von solchen Maßnahmen. Unter den Großmachtkonsens lässt sich die Linie von V. Lukin einordnen, der am resolutesten die Position vertrat, dass der Druck des Westens in der Tschetschenienfrage eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands darstelle und teilweise nicht legal sei.¹¹⁶ Die Einmischung erklärte Lukin mit dem Argument, dass die USA die Wiederherstellung Russlands als Großmacht sowohl fürchteten als auch vermeiden wollten. Anlass dazu wäre nach Lukin die Unterzeichnung des Vertrages mit Belarus und die Herstellung der Kontrolle über Georgien sowie Aserbaidschan.¹¹⁷ Zweitens wurde die juristische Legitimität der Sanktionen in Frage gestellt. Die gemäßigte Position befand sich dabei zwischen den Hardlinern und den Kriegskritikern. Arbatov betonte, dass die Operation in Tschetschenien keine Normen des Völkerrechts verletze, wobei er allerdings hinzufügte, dass der verheerende Krieg zu großen Verlusten unter der friedlichen Bevölkerung führe und damit ein Teil des Völkerrechts, die Anerkennung des Rechts ethnischer Minderheiten und der Menschen verletze.¹¹⁸ Die Kritik an den Sanktionen wurde drittens mit der Effektivitätsfrage begründet. Diese Position vertrat grundsätzlich die Ansicht, dass der Tschetschenienkrieg Völkerrecht und Menschenrechte verletze und versuchte, die internationalen Sanktionen zur Problemlösung effektiv zu stimulieren. Gleichzeitig wurde vor einer „Provozierung eines Trotzeffekts dadurch, dass die gedemütigten ehemaligen Großmachtuntertanen gereizt würden“ gewarnt.¹¹⁹ Arbatov betonte,

¹¹⁴ „Grigorij Javlinskij polagaet, čto peregovory ob uregulirovanii situacii v Čečne možno vesti s Aslanom Maschadovym“, 19.02.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹¹⁵ Vystuplenie V. Lukina v prjamom Ėfire radio „Ėcho Moskvj“, 10.04.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹¹⁶ Press-konferencija V. Lukina, 15.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹¹⁷ Vystuplenie V. Lukina, V. Nikonova i S. Parchomenko v prjamom Ėfire „Ėcho Moskvj“, in: Site radiostancii „Ėcho Moskvj“, 13.12.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹¹⁸ „Iz vystuplenija deputata GD Alekseja Arbatova v programme „Glas naroda“, NTV, 29.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹¹⁹ „Rešenie problemy Čečni vozmožno. Iz vystuplenija deputata GD Alekseja Arbatova v programme „Glas naroda“, NTV, in: Jabloko Rossii, Nr. 4 (96), 29.01.2000.

dass, je stärker der Druck der Clinton-Administration auf Russland werde, Moskau umso weniger dem Rat folgen werde.¹²⁰ Die PACE-Aktion wurde ebenso als völlig kontraproduktive Sanktion bewertet.¹²¹

Der Kontext des jüngsten Kosovokrieges spielte bei dem kritischen Diskurs eine relevante Rolle. Arbatov machte darauf aufmerksam, dass in Russland das Syndrom Jugoslawien-Russland als Parallele zum Syndrom Kosovo-Tschetschenien im Westen bestehe.¹²² Ein härterer Ton lässt sich dabei bei den Akteuren im Sicherheitsbereich beobachten. Arbatov äußerte, dass die USA sowie andere Staaten der NATO das moralische Recht verloren hätten, die Taktik der russischen Streitkräfte in Tschetschenien zu kritisieren, da die Aktionen der NATO im Kosovo den Aktionen Russlands in Tschetschenien ähnelten.¹²³ Arbatov verwendete dabei offensive Begriffe wie „politische Heuchelei“ und „Doppelmoral“.¹²⁴ In gemäßigttem Ton übte auch Javlinskij Kritik, wobei er die Besorgnis der USA als begründet bezeichnete, jedoch als unangebracht in Bezug auf die Opfer unter der Zivilbevölkerung in Jugoslawien.¹²⁵ Einheitlich ist die Position innerhalb von Jabloko, dass der Kosovokrieg keine Rechtfertigung des Tschetschenienkrieges sein dürfe.¹²⁶

In Bezug auf den außenpolitischen Faktor zeigt sich Jabloko trotz punktueller Kritik relativ kooperativ. Insbesondere beim ersten Krieg nahm Jabloko eine aktive Position ein, so dass die durch die Partei vorgeschlagenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung eine Mitwirkungsmöglichkeit der OSZE bei Verhandlungen über die Mechanismen der Feuereinstellung der Konfliktparteien vorsahen.¹²⁷ Im Vergleich dazu sah Jabloko beim zweiten Krieg eine Einbeziehung ausländischer und internationaler Organisationen in den Tschetschenienkonflikt nur im Rahmen von humanitären Aktionen für die Zivilbevölkerung vor. Lukin hält eine Einbindung des Westens in humanitäre Aktionen zum Nutzen der Zivilbevölkerung in Kombination mit wahrheitsgemäßen Informationen für eine sinnvolle Reaktion auf die Kritik des Westens.¹²⁸ Man solle den Westen zur gemeinsamen Suche nach einem Ausweg aus dieser komplizierten Lage auffordern. Dagegen wurde eine unmittelbare Beteiligung im Verhandlungsprozess sowohl als unerwünscht bezeichnet als auch kritisiert.

Andererseits bemühte sich Jabloko kontinuierlich um weitere Kommunikation und Kooperation mit dem Westen auch während der Zuspitzung der Krise im Verhältnis zwischen dem Westen und Russland. Die Fraktion Jabloko forderte nach der PACE-Sanktion die Aufhebung der diskriminierenden Entscheidung über den Entzug des Stimmrechts und legte gegen die Entscheidung der PACE zwei Verbesserungsvorschläge vor. Nach einem Vorschlag sollte die Rückgabe des Stimmrechts erfolgen, falls das russische Parlament alle eigenen Einflussmög-

¹²⁰ Arbatov, Aleksej, SŠA dolžny prekratit' kritikovat', in: The Associated Press, 07.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹²¹ Press-konferencija A. Arbatova „Čečnja i vnešnepolitičeskie otnošenija Rossii“, in: Sajt nacional'nogo instituta pressy, 26.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹²² „Iz vystuplenija deputata GD Alekseja Arbatova v programme „Glas naroda“, NTV, 29.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹²³ Arbatov, Aleksej, SŠA dolžny prekratit' kritikovat', in: The Associated Press, 07.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹²⁴ Press-konferencija A. Arbatova „Čečnja i vnešnepolitičeskie otnošenija Rossii“, in: Sajt nacional'nogo instituta pressy, 26.01.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹²⁵ Tekst debatov „Javlinskij – Kirienko“, in: Internetseite von S. Kirienko und der Bewegung „Novaja sila“, 09.12.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹²⁶ Arbatov, Aleksej, Prizyvniky – ne deševoe pušečnoe majso, in: Jabloko Rossii, Nr. 18 (110), 06.05.2000.

¹²⁷ „O merach po uregulirovaniju krizisa v Čečne“, März 1996, veröffentlicht im Internet unter <http://www.indem.ru/pa98>

¹²⁸ Lukin, Vladimir, Moskva, govornite gromče, in: Moskovskie novosti, Nr. 43 (1011), 9.–15.11.1999, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

lichkeiten für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Tschetschenien ausschöpfe.¹²⁹ Gleichzeitig warnte Jabloko davor, dass der Protest der russischen Delegation zur faktischen Einstellung der Arbeit der parlamentarischen Delegation und damit zu einem ernsthaften Schritt in die Isolation Russlands in der Welt führen könne.¹³⁰ Jabloko befürwortete einen konstruktiven Dialog mit der PACE und kritisierte die russische Entscheidung als gedankenlos und schädlich. Als Reaktion auf den Boykott durch die russische Delegation entschied Jabloko schließlich am 22. Juni, eine eigene Delegation, bestehend aus Sergej Ivanenko und Aleksandr Šišlov, auf eigene Kosten zur ordentlichen Sitzung der PACE zu entsenden.¹³¹ Jabloko forderte eine vernünftig balancierte Nordkaukasuspolitik Russlands, um letztlich das Verständnis des Westens in der Tschetschenienfrage zu gewinnen.¹³²

Der nationalistische Diskurs bei Jabloko

Die Position von Jabloko basiert erstens auf einer klaren Absage an den integralen Nationalismus. Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Krieg nahm Jabloko eine strikt kritische Position gegenüber jeglicher Provozierung von Nationalitäten- und Religionskonflikten durch den imperialistisch und ethnisch gesinnten großrussischen Nationalismus ein. Bis auf die kurze Anfangsphase des zweiten Krieges wurden Begriffe, die im kulturellen und zivilisatorischen Kontext interpretierbar sind, weit gehend vermieden.

Die Zivilisationszugehörigkeit ließ sich in einem ähnlichen Kontext beobachten. Eine unmittelbare Zuordnung Russlands oder Tschetscheniens nach einem bestimmten Zivilisationskriterium wurde mit der Warnung vermieden, dass diese Herangehensweise Konflikte zwischen den Nationalitäten provozieren könne. Eine Selbstidentifizierung Russlands im europäischen bzw. westlichen Zivilisationskreis kommt eher indirekt in der Bezugnahme auf westliche Wertssysteme wie Menschenrechte und Völkerrecht, Humanismus und Demokratie zum Ausdruck.

Das Verhältnis zum Westen ist grundsätzlich als gemäßigt prowestlich zu bezeichnen, wobei sich beim zweiten Krieg eine leichte Verschiebung in eine kritische Richtung beobachten lässt. Beim ersten Krieg vertrat Jabloko eine kooperative und prowestliche Position und zeigte sich bereit, einer Einbeziehung von ausländischen und internationalen Organisationen bei der Konfliktregelung zuzustimmen. Beim zweiten Krieg nahm die Position gegen die internationale Einmischung einen kritischen und distanzierten Ton an, der von Argumenten im Kontext des Großmachtkonsenses bis zur Kritik an der Effektivität von eventuellen Sanktionen reichte. Diese gemäßigt prowestliche Linie kam ebenso bei den Positionen bezüglich des Jugoslawien-Russland-Syndroms, der PACE-Sanktion und der Einbeziehung von internationalen Organisationen zum Ausdruck. Gleichzeitig war Jabloko eindeutig der Ansicht, dass der Kosovokrieg des Westens auf keinen Fall den Tschetschenienkrieg Russlands legitimieren könne.

Das Verhältnis zur neuen Weltordnung war im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkrieg weit gehend neutral. Das Konzept der neuen Weltordnung wurde nur ansatzweise und nur von einzelnen Akteuren verwendet, indem die Einmischung des Westens in die Problematik des Tschetschenienkrieges im Kontext der Machthegemonie der USA interpretiert wurde.

Jabloko vertrat beim Tschetschenienkrieg eine Staatsauffassung, der sowohl eine territoriale als auch eine zivilgesellschaftliche Konnotation innewohnt. Die territoriale und zivilgesellschaftliche Integrität der russischen Staatlichkeit stellte dabei einen weit gehend flexibel definierbaren Begriff dar. Insbesondere zeigte sich Jabloko trotz der deklarierten Priorität der territorialen

¹²⁹ Ivanenko, Sergej, Ne nadejtes' na raskol Evropy, in: Moskovskie novosti, Nr. 26 (1044), 4.–10.07.2000.

¹³⁰ Informacionno-analitičeskij eženedel'nik o dejatel'nosti političeskich ob'edinenij Rossii, Nr. 16 (378), 19.04.2000.

¹³¹ „Konstruktivnyj dialog s PACE – lučšaja zaščita interesov Rossii – sčitajut v Jabloke“, 23.06.2000, veröffentlicht im Internet unter <http://www.yabloko.ru>

¹³² Informacionno-analitičeskij eženedel'nik o dejatel'nosti političeskich ob'edinenij Rossii, Nr. 26 (388), 28.06.2000.

Einheit der Statusfrage Tschetscheniens gegenüber offen und verhandlungsbereit. Ein weiteres Merkmal der Staatsauffassung zeigte sich in der Prioritätensetzung auf die Multinationalität, die in der Staatsform des Föderationssystems aufrechtzuerhalten sei. Der Imperativ der Aufrechterhaltung der russischen Staatlichkeit in Form eines multinationalen Föderationssystems stellte die unentbehrliche Grundlage eines starken und funktionsfähigen Russlands dar. Der Definition liegt ein pragmatischer Etatismus zugrunde. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese flexible Position zu innerparteilicher Kritik und Auseinandersetzungen führte, wie es die strikte Ablehnung der Verhandelbarkeit des Status Tschetscheniens durch Šejnis zeigt. Das betraf auch die Abstimmungsergebnisse des Impeachments, bei denen sich überraschend viele Jabloko-Abgeordnete der Abstimmung enthielten und damit eine Verurteilung des Präsidenten wegen des Tschetschenienkrieges ablehnten. Daher ist anzunehmen, dass die etatistische Position, die auf der Priorität der territorialen Integrität bestand, keine Minderheitenmeinung darstellte, sondern einer der herrschenden Diskurse beim Tschetschenienkrieg innerhalb von Jabloko war.

Die Definition der nationalen Interessen lässt sich letztlich unter der Kategorie der wirtschaftlichen und geopolitischen Definition einordnen. Die Wahrnehmung von wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen kommt im Fall des Tschetschenienkrieges insbesondere dadurch zum Ausdruck, dass der territorialen sowie zivilgesellschaftlichen Integrität der Russländischen Föderation Vorrang eingeräumt wird.

Die Analyse offenbart, dass die Position von Jabloko gegenüber dem Tschetschenienkrieg auf dem breiten Spektrum zwischen Liberalen und Realisten einzuordnen ist, wobei das Schwergewicht auf dem Realismus liegt. Die zeitliche Dynamik zeigt dabei eine leichte Verschiebung vom ersten zum zweiten Krieg in Richtung auf den Realismus.

Vergleich: Konvergenz und Divergenz

Die Untersuchungsergebnisse im Fall des Tschetschenienkrieges verifizieren die These der Konsensbildung und Differenzierung. Insbesondere bestätigt die Tendenz, dass beide Parteien die Staatlichkeit beim zweiten Krieg im Vergleich zum ersten stärker betonten, die These, dass sich ein patriotischer Konsens herausbildet. Konvergente Argumente sind im Kontext des außenpolitischen Konsenses zu beobachten, der sich seit Anfang der 90er Jahre um vier außenpolitische Prioritäten gebildet hat: Abgrenzung vom prowestlichen Kurs, Wiederherstellung der Großmacht, Multipolarität der Weltordnung und Priorität der nationalen Interessen. Der Anknüpfungspunkt zum außenpolitischen Konsens besteht vor allem darin, dass der Tschetschenienkrieg als Bedrohung der russischen Staatlichkeit wahrgenommen wurde, deren Aufrechterhaltung die größte Herausforderung nach dem Zerfall der UdSSR darstelle.

Die Positionen der beiden Parteien zeigen daher bei allen drei Argumentationssträngen eine gewisse Konvergenz. Was die juristischen Argumente betrifft, kamen die Parteien bei beiden Kriegen überein, der Aufrechterhaltung der Staatlichkeit der Russländischen Föderation Vorrang einzuräumen. Begrenzt auf den ersten Krieg bildeten beide Parteien eine gemeinsame Front gegen die Verfassungswidrigkeit des Krieges. Bei den historisch-zivilisatorischen Argumenten bestand die Konvergenz darin, dass beide Parteien vor einer Zuspitzung der religiösen Konflikte durch den Tschetschenienkrieg warnten und die Multinationalität des russischen Staates betonten. Politisch argumentierten beide Parteien bei der Kritik von Regierung, tschetschenischer Seite und des Westens relativ ähnlich. Die Regierungskritik beider Parteien basierte auf den Argumenten, dass die Politik versagt habe und der Krieg zu innenpolitischen Zwecken ausgenutzt worden sei. Bezüglich der tschetschenischen Seite zeigte sich die Konvergenz beim zweiten Krieg in der Kritik am Terrorismus, mit dem Unterschied zwischen beiden Parteien, dass Jabloko sich nach einer kurzen Anfangsphase wieder teilweise davon abwandte. Dem Druck des Westens beim zweiten Krieg gegenüber verhielten sich beide Parteien ebenso kritisch.

Dieses vereinfachte Bild der Konvergenz relativiert sich allerdings schnell bei einer tiefer gehenden Betrachtung. Die Argumente zeigen weit gehende und grundsätzliche Differenzen, die sowohl fundamentale Prinzipien als auch die konkrete Sachlage betreffen. Die Divergenz kam insbesondere beim zweiten Krieg klarer zum Ausdruck. Sie zeigte sich vor allem bei zwei juristischen Argumenten. Bei der Priorität, die von beiden Parteien der Staatlichkeit eingeräumt wurde, trat sie in Bezug auf die Definition der Staatlichkeit der Russländischen Föderation in Erscheinung. Während die KPRF den Schwerpunkt einseitig auf die Territorialität legte, hob Jabloko eine zivilgesellschaftliche Auffassung der Staatlichkeit hervor, indem zur Statusfrage eine kompromissbereite Stellung eingenommen wurde. Was die Kritik an der Verfassungswidrigkeit des Krieges betrifft, unterschieden sich die Argumente beider Parteien ebenso prinzipiell voneinander. Während es sich bei der KPRF fast ausschließlich um Kritik an der Prozedur handelte, basierte die Kritik bei Jabloko auf der fundamentalen Ablehnung des Einsatzes der Streitkräfte gegen das eigene Volk. Beim zweiten Krieg, in dem die KPRF entschieden hinter der Militäroperation der Regierung stand, kritisierte Jabloko die juristischen Mängel der militärischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Trotz der Unterstützung der militärischen Terrorismusbekämpfung übte Jabloko bei der zweiten Etappe des zweiten Kriegs als einzige Fraktion auch Kritik an den breit angelegten Bodenoperationen und damit strich damit die Verfassungswidrigkeit des Krieges hervor.

Bei den historischen und zivilisatorischen Argumenten unterschied sich die Position der KPRF von Jabloko vor allem in der Präsenz des Kontextes. Neben der Warnung vor Konflikten zwischen Nationalitäten innerhalb der Russländischen Föderation kam bei der KPRF einerseits eine antitschetschenische Position zum Ausdruck, die in einen kulturellen und zivilisatorischen Kontext einzuordnen ist. Die KPRF vertrat andererseits eine kritische Position gegenüber dem großrussischen Nationalismus. Die beiden auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Positionen haben einen integralen Nationalismus gemeinsam, nämlich, dass alles, was dem russischen imperialen Staatswesen widerspricht, zu bekämpfen sei. Im Vergleich dazu verwendete Jabloko diese Argumente selten und lehnte eine kulturelle bzw. zivilisatorische Auffassung des Tschetschenienkrieges grundsätzlich ab, da sie möglicherweise zur Zuspitzung von Konflikten zwischen Nationalitäten führen könnten.

Bei den politischen Argumenten unterschieden sich die Positionen der beiden Parteien in vielerlei Hinsicht. Erstens handelte es sich um prinzipiell unterschiedliche Inhalte bei der Forderung nach Einstellung des Krieges. Die Forderung der KPRF basierte mehr auf strategischem Kalkül als auf einer prinzipiellen Grundhaltung gegenüber dem Einsatz von Streitkräften in inneren Konflikten. Zjuganov kritisierte beispielsweise offen, dass beim ersten Krieg mehrmalig Chancen, einen Sieg zu erringen, versäumt worden seien, da Feuerpausen zum falschen Zeitpunkt befohlen sowie Verhandlungen aufgenommen worden seien. Demgegenüber war die Kritik von Jabloko von prinzipieller Natur. Zweitens war bei der KPRF ein Nebenaspekt zu beobachten, nach dem der Krieg im Kontext der klassischen Kapitalismuskritik als Interessenkrieg zwischen Kapitalisten abgelehnt wurde. Eine fundamentale Kritik von dieser Sorte gab es bei Jabloko nicht. Drittens unterschieden sich die Positionen bezüglich des Chasavjurt-Vertrages. Während der Vertrag von der KPRF als schwerste Niederlage verworfen wurde, begrüßte Jabloko ihn als einzig reale Alternative zum Krieg. Die Ablehnung der KPRF weist auf den taktischen Charakter ihrer Kriegskritik und Forderung nach Kriegseinstellung hin, während die Position von Jabloko in Übereinstimmung mit der prinzipiellen Kriegskritik und der bisherigen Forderung nach Kriegseinstellung steht. Viertens verurteilte Jabloko die Militäroperation im zweiten Krieg bis auf die kurze Anfangsphase, in der sie von Jabloko auch nur in begrenztem Maße unterstützt wurde. Die Position von Jabloko stützte sich dabei auf die Anerkennung des Kriegszustandes, indem nicht einseitig die tschetschenische Seite des Terrorismus beschuldigt wurde. Abgesehen von den innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten über Detailfragen bestand Jabloko relativ einheitlich auf dem Grundgedanken, dass es sich bei beiden Konflikten um einen Krieg handele. Im Vergleich dazu änderte sich die Position der KPRF beim zweiten Krieg fundamental, indem sie ihn als Bekämpfung des tschetschenischen Terrorismus definierte und sich hinter die Aktio-

nen der Regierung stellte. Fünftens reagierte Jabloko in diesem Kontext auf die Kritik des Westens viel gemäßiger als die KPRF und strebte weiter eine Kooperation mit dem Westen an. Die Kritik von Jabloko gegen Einmischungs- und Sanktionsversuche des Westens stand nur in einzelnen Fällen in Zusammenhang mit einer prinzipiellen Ablehnung. Meistens handelte es sich um neutrale Kritik, die teilweise eine Basiszustimmung in der Frage der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien voraussetzte. Die Kritik der KPRF am Westen basierte demgegenüber wesentlich auf einer antiwestlichen Grundstimmung, in der die Imperialismusthese im Kontext der neuen Weltordnung sowie das isolationistische Argument einer Souveränität Russlands verwendet wurden.

Tabelle: Vergleich der Positionen der KPRF und Jabloko zum Tschetschenienkrieg

			KPRF	JABLOKO	
Juristische Argumente	Definition der Situation	Konvergenz	Priorität der Staatlichkeit Verfassungswidrigkeit des Krieges		
		Divergenz	Auffassung der Staatlichkeit in der territorialen Einheit Kriegskritik ausschließlich anhand der Verfahrensfrage	Auffassung der Staatlichkeit auch durch Zivilgesellschaft Fundamentale Kritik am ersten Krieg Juristische Mängel der Terrorismusbekämpfung beim zweiten Krieg	
	Strategien	Konvergenz	Problemlösung nur innerhalb der RF Verfassungsreform zur Stärkung des Parlaments Engagement beim Impeachmentverfahren		
		Divergenz	Keine Verhandlungsbereitschaft zur Statusfrage	Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft bei der Statusfrage	
	Historisch-zivilisatorische Argumente	Definition der Situation	Konvergenz	Warnung vor zwischennationalen Konflikten	
			Divergenz	Kritik an religiösem Separatismus Anti-Tschetschenien-Position	
Strategien		Konvergenz	Ablehnung der Einordnung im religiösen Kontext		
		Divergenz	Ablehnung des ethnisch gesinnten großrussischen Nationalismus		

			KPRF	JABLOKO
Politische Argumente	Definition der Situation	Konvergenz	Kritik des Versagens der Politik Kritik der Ausnutzung des Krieges Kritik des Separatismus beim ersten Krieg und des Terrorismus beim zweiten Krieg Ablehnung einer Einmischung durch den Westen	
		Divergenz	Fundamentale Kritik am „Kapitalistenkrieg“ Kritik am Chasavjurt-Vertrag Unterstützung der Militäroperation beim zweiten Krieg Bezeichnung der Einmischung des Westens als Imperialismus	Kritik an der Militäroperation als Politikversagen Unterstützung des Chasavjurt-Vertrages Unterstützung einer begrenzten Militäroperation beim zweiten Krieg
	Strategien	Konvergenz	Forderung der Kriegseinstellung und Aufnahme von Verhandlungen beim ersten Krieg Gegenmaßnahmen gegen Separatismus Kritik und Kooperation im Verhältnis zum Westen	
		Divergenz	Keine Verhandlungen mit Maschadov beim zweiten Krieg	Parallel zur Militäroperation Verhandlungen beim zweiten Krieg Kooperation und Einbeziehung des Westens bei der Krisenbewältigung

Resümee

Die vorliegende Arbeit ging der Frage nach, wie die politische Opposition in Russland auf den Tschetschenienkrieg reagiert hat und wie sich die Positionen geändert haben. Um die Frage beantworten zu können, wurden die Parteipositionen der KPRF und Jabloko nach unterschiedlichen Argumentationssträngen (juristische, kultur-zivilisatorische und politische Argumente) analysiert und wiederum anhand von sechs Kriterien reinterpretiert (Weltanschauungen, Verhältnis zum Westen, Zivilisationszugehörigkeit Russlands, Auffassung vom russischen Staat, Auffassung vom nationalen Interesse und Position zur neuen Weltordnung).

Die Analyse zeigt die Entwicklungsdynamik der nationalistischen Diskurse beim Tschetschenienkrieg. Die Parteilinien der beiden Parteien unterscheiden sich in Bezug auf die fundamentalen Fragen, wie des Einsatzes der Streitkräfte, der Auffassung der russländischen Staatlichkeit sowie bezüglich der konkreten Maßnahmen voneinander.

Dem taktischen Charakter der KPRF-Kritik am Einsatz der Streitkräfte steht die fundamentale Kritik von Jabloko gegen den Streitkräfteeinsatz im Inland entgegen. Während die Grundposition der KPRF über die staatliche Einheit der Russländischen Föderation auf einer klaren territorialen Definition basiert, wird die Priorität der Staatlichkeit bei Jabloko weder kontinuierlich noch einheitlich durch Festlegung der territorialen Einheit definiert. Während die KPRF den Vertrag von Chasavjurt als Zeichen sowohl der politischen und militärischen als auch der moralischen Niederlage Russlands und als Beginn des Zerfalls der russischen Staatlichkeit heftig kritisierte, hieß Jabloko den Vertrag als einzige Alternative für eine friedliche Konfliktregulierung willkommen.

Signifikant ist, dass die Divergenz allerdings im Lauf des Krieges abnimmt, so dass sich die gesamten Perzeptionen vom ersten zum zweiten Krieg gravierend ändern. Die KPRF, die beim ersten Krieg eine kritische Position vertrat und teilweise mit Jabloko eine gemeinsame Front bildete, änderte beim zweiten Krieg ihren Kurs grundsätzlich, indem sie die „Anti-Terror-Operation“ der Regierung Putin voll unterstützte. Die KPRF erklärte sich bereit, Aktionen der Regierung zu unterstützen, die dem Kampf gegen Terrorismus und der Herstellung von Ordnung im Land dienen. Die Herangehensweise der KPRF bezüglich des tschetschenischen Separatismus änderte sich ebenso deutlich. Die Maßnahmen beim ersten Krieg richteten sich einerseits auf die Bekämpfung des Separatismus und andererseits auf die Unterstützung der prorussischen Kräfte in Tschetschenien. Demgegenüber lehnte die KPRF beim zweiten Tschetschenienkrieg Verhandlungsstrategien gänzlich ab. Dadurch trat im zweiten Krieg die linksautoritäre Tendenz der KPRF vollständig in den Vordergrund, während sie beim ersten Krieg noch eine leicht links-libertäre Position vertrat.

Jabloko, der fundamentale Kriegsgegner beim ersten Krieg, verzichtet auch beim zweiten Krieg auf eine radikale Linie und verkündet ihre bedingte Unterstützung der Putinschen Tschetschenienpolitik. Innerhalb von Jabloko gewann die etatistische Position beim zweiten Krieg eindeutig an Dominanz; für diese Position stand die Unterwerfung Tschetscheniens unter das einheitliche föderale Staatssystem der Russländischen Föderation im Mittelpunkt der Tschetschenien-Frage und kommen Verhandlungen über den Status der Tschetschenischen Republik als unabhängigen Staat außerhalb der Russländischen Föderation nicht in Frage. Am 9. November 1999 gab Javlinskij zwar eine überraschende Erklärung ab, in der er die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Möglichkeit von Verhandlungen mit Maschadov unter sechs Bedingungen in Erwägung zog; allerdings hielt sich diese radikale Strategie der liberalen Position faktisch in einem begrenzten Rahmen, weil der Entwurf schwierig zu erfüllende Bedingungen enthielt und den Vorbehalt voraussetzte, dass im Fall der Absage von Maschadov die militärische Operation fortzuführen sei.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, wie sich die nationalistischen Diskurse der beiden oppositionellen Parteien ändern und wie das Prioritätsargument der Staatlichkeit zunehmend an Gewicht gewann. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass seit Ende der 90er Jahre in Russland das libertär-oppositionelle Lager marginalisiert wurde und wird und eine verstärkte Tendenz zum Autoritarismus beobachtet werden kann.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 61 **Wirtschaftskultur in Osteuropa**
Bremer Ansatz und Bremer Projekte
Von Hans-Hermann Höhmann und Heiko Pleines (Hg.)
(September 2004)
- Nr. 62 **Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen für Russland**
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(November 2004)
- Nr. 63 **Westliche Förderprogramme in der Ukraine**
Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer
Reformbestrebungen seit 1991
Von Andreas Umland
Mit einem Nachwort von Astrid Sahn
(Dezember 2004) (Druckfassung vergriffen)
- Nr. 64 **Die Jukos-Affäre**
Russlands Energiewirtschaft und die Politik
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Zweite, aktualisierte Auflage) (Juni 2005)
- No. 65 **Political Corruption in Poland**
Sources of Corruption in Post-Communist Poland
By Aleksander Surdej
Clientelism in the Silesian Coal Mining Industry
By Kaja Gadowska
(March 2005)
- Nr. 66 **Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland**
Am Beispiel von KPRF und Jabloko
Von Jin-Sook Ju
(April 2005)
- No. 67 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 1: The State of Civil Society
By Heiko Pleines (ed.)
(May 2005)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website
der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Nur ein Ölboom?
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:**
Ukrainische Seilschaften
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:**
Polnische Prosa nach 1990
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-x, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:**
Zwischen Kreuz und Europastern
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004, 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingsholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:**
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien
Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), ca. 300 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Keghel:**
Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland der Transformationszeit
LIT Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), ca. 656 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90
- Bd. 33 **Heiko Pleines:**
Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)
LIT Verlag (Münster) 2003, 444 S., ISBN 3-8258-6561-4, Euro 30,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Bibliographische Dienste

Die folgenden vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu mehreren osteuropäischen Ländern. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Publications on the Czech and Slovak Republics. A quarterly bibliography

Publications on Poland. A quarterly bibliography

Publications on Russia. A quarterly bibliography

Publications on Ukraine. A quarterly bibliography

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.